

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 349 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 10/2024 VOM 18. OKTOBER 2024 · 1 EURO

2 | **Brücken bauen  
für den Frieden**

Tino Eisbrenner in Bernau

7 | **»Radwege in Eberswalde«:**

Wunder geschehen  
Gerichtsverhandlung nach 5½ Jahren

13 | **Kreisverband und  
Basisgruppen im Blick**

Treffen der BSW-Unterstützer

## Fehlender Bedarf ist kein Klagegrund

Beratung von Bürgerinitiativen zum angekündigten Planfeststellungsbeschluss zur B167neu

**Finowfurt (bbp).** Zur sogenannten »Ortsumgehung« B-167-neu in der Nordvariante soll es im Jahr 2025 einen Planfeststellungsbeschluss geben (vgl. BBP 8-10/2023). So lauten zumindest Informationen, die offenbar dem **Bund für Umwelt und Natur (BUND) Brandenburg** vorliegen. Am 1. Oktober gab es dazu eine Online-Beratung von Vertretern des BUND, der Initiative »Pro Waldstadt« und der **Bürgerinitiative (BI) gegen die B167neu für Umwelt und Natur**, zu dem der BUND Brandenburg eingeladen hatte.

Seitens des BUND fragte AXEL KRUSCHAT, gegen welche Gesetze der Planfeststellungsbeschluss verstoßen würde und wie dann eine Klage dagegen finanziert werden könne.

DANIEL FUCHS von *Pro Waldstadt* verwies darauf, daß der Bedarf für diese sogenannte Ortsumgehung nicht nachgewiesen sei. Allerdings wäre das, so Kruschat, wohl »kein erfolgsversprechender Klagegrund«, da die Gerichte erfahrungsgemäß die Behauptungen der Vorhabenträger nicht überprüfen und de facto anerkennen. Kruschat sieht daher in erster Linie naturschutzfachliche Gründe, die als Klagegrund in Frage kämen, wie zum Beispiel die fehlende CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Kruschat sieht kaum eine Chance, den Planfeststellungsbeschluss vorab zu verhindern, und äußerte sich in der Folge fast ausschließlich zum Problem der Finanzierung einer Klage gegen die Planfeststellung. Mittel des BUND stünden hierfür nur »sehr begrenzt« zur Verfügung. Die Kosten belaufen sich nach der Schätzung von Kruschat für ein Verkehrsgutachten sowie eigene Anwaltskosten auf 30 bis 40.000 Euro. Diese Finanzierung müßte bereitstehen, da nach Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses die Klage innerhalb von vier Wochen einzureichen ist.

Dabei könnte womöglich eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme mit gewissen Nachbesserungen und gegebenenfalls einer »abgespeckten Variante« (Kruschat) gerechnet werden. Allerdings wandte Daniel Fuchs ein, daß es für eine »Light-Variante« gar nicht so viele Möglichkeiten gebe.

JOHANNES MADEJA von der BI gegen die B167neu machte klar, daß die betroffenen Anwohner »an einer irgendwie reduzierten Ausführung« nicht interessiert sind. Es gehe darum, das Projekt insgesamt zu streichen. Sein Mitstreiter GUIDO PENZ ergänzte: »Wir wollen hier keine Panzerstraße«. Damit wies er auf Aussagen in den Planungsunterlagen hin, wonach die neue Straße eine militärstrategische Bedeutung haben soll als »Rollbahn in den Osten«.

Argumente gegen das Projekt finden sich beispielsweise zu Hauf in den Einwendungen von Mitgliedern der BI zu den ausgelegten Planungsunterlagen (vgl. BBP 9-10/2023). Dort wurde auf die schädlichen, negativen Auswirkungen des Projekts auf den Binnenverkehr in Eberswalde verwiesen und auch darauf, daß die Bezeichnung »Ortsumgehung« völlig irreführend und falsch ist. Auch das Nutzen-Kosten-



Die Ortsdurchfahrten der alten B167 durch Finowfurt und Eberswalde (das Foto zeigt die Eisenbahnstraße in Eberswalde) werden stark befahren. Allerdings handelt es sich vorwiegend um Quell- und Zielverkehr für den die geplante Umfahrung kaum Entlastung bringen kann. Tatsächliche Entlastung versprechen der Ausbau des Obusverkehrs und eine Ampelschaltung als »grüne Welle«.

Verhältnis (NKV) wurde falsch berechnet. Der Nutzen ist wesentlich geringer, die Kosten sind wesentlich höher. Statt Entlastung kommt es zu zusätzlichem und zunehmenden Querverkehr zu den Anbindenpunkten, wobei die derzeit hierfür unzureichenden Zufahrten auf Kosten der Kommunen instandzusetzen und auszubauen sind.

Viele der Betroffenen haben aufgrund der langen Verfahrensdauer und weil es zwischenzeitlich so aussah, daß für das unsinnige Projekt ohnehin kein Geld zur Verfügung stehen würde, ihr Engagement reduziert.

Allem Anschein nach ist das jedoch ein Fehlschluß. Insbesondere das Interesse der aggressivsten Kreise des deutschen und internationalen Monopolkapitals an militärisch nutzbaren Transportwegen von den Nordseehäfen zur polnischen Ostgrenze, die in der aktuellen Bundesregierung über dominanten Einfluß verfügen, spricht dafür, daß die zuständigen Behörden die Umsetzung der B167neu gegen allen Widerstand durchdrücken wollen.

Insofern bestehen berechtigte Zweifel daran, daß die in Friedenszeiten eingeübten Rituale samt langwieriger Klageverfahren im aktuellen Verfahren zu einem Erfolg führen können, wenn es nicht zugleich einen massiven Widerstand aus der Bevölkerung heraus gibt. Es gehe darum, so Johannes Madeja, »den Planfeststellungsbeschluss gar nicht erst zuzulassen«.

## Friedliche Revolution

Verschiedene Medien berichteten, wie Bundeskanzler Olaf Scholz am 9. Oktober anlässlich einer Feierstunde in Leipzig »an die friedliche Revolution im Jahr 1989« erinnerte. Er zog Parallelen zwischen den damaligen Ereignissen in der DDR, als vor 35 Jahren Tausende Menschen für Veränderungen auf die Straße gingen, und dem Ukraine-Konflikt.

Scholz wörtlich: »Das Erbe der Friedlichen (sic) Revolution verpflichtet auch uns, für die Freiheit der Ukrainer, für ihr Recht auf Demokratie und Frieden einzutreten. Es ging darum, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, es ging darum, Schluß zu machen mit der Fremdbestimmung.« Scholz rief dazu auf, das Kiewer Regime so lange zu unterstützen, »bis es endlich einen gerechten Frieden gibt«. Dafür werde die BRD ihr ganzes politisches und diplomatisches Gewicht einsetzen.

Was Scholz unterschlägt, ist die Tatsache, daß weder die friedlichen Revolutionäre von 1989 noch die ehrlichen Streiter auf dem Kiewer Maidan von 2014 ihre Ziele erreichten.

Erstere wollten eine bessere DDR, letzteren ging es vor allem um das Ende der Korruption in der kapitalistisch gewandelten postsowjetischen Ukraine. Beiden gemeinsam war, daß sie letztlich einer für sie unerwarteten »Fremdbestimmung« unterlagen.

Wohl keiner der 70.000, die am 9. Oktober 1989 in Leipzig auf der Straße demonstrierten, wollte »kriegstüchtig« werden. Wohl kaum einer der Maidan-Demonstranten von 2014 wollte Krieg mit Rußland. In Leipzig wurde bald aus dem emanzipatorischen Ruf »Wir sind das Volk« das reaktionäre »Wir sind ein Volk«. Fortan hatte »das Volk« nichts mehr zu bestimmen. In Kiew löste beim Februar-Putsch - der übrigens nicht so friedlich ablief wie die »Wende« in der DDR (Stichworte »Rechter Sektor« und fünf Milliarden US-Dollar) - nur eine korrupte Regierung die andere korrupte Regierung ab, nur diesmal mit der massiven Unterstützung des Westens mit strategischer Zielrichtung gegen Rußland und begleitender Unterdrückung der russischen Minderheit in der Ukraine, die bald zum Bürgerkrieg wurde.

Scholz rief in Leipzig zur weiteren Unterstützung des Kiewer Regimes auf. »Die bittere Wahrheit ist nach wie vor, daß es nur dann Frieden geben wird, wenn Rußland dazu bereit ist«, so Scholz. Wann wird Rußland für einen Frieden bereit sein? Die Antwort liegt seit langem auf dem Tisch: Wenn Rußlands Interessen berücksichtigt werden und sich die NATO samt Raketenabschußbasen nicht auch noch in die Ukraine ausbreitet.

Auf die Idee, nach diplomatischen Wegen zu suchen, kommt Scholz nicht. Die Interessen der meisten Menschen in der BRD vertritt dieser Kanzler jedenfalls nicht.

GERD MARKMANN

## Brücken bauen für den Frieden

Lesung mit Tino Eisbrenner in Bernau



Foto: SYLVIA PYRLIK

**Bernau (bbp).** Die Buchhandlung »Schatzinsel« von SYLVIA PYRLIK hatte am 30. September zu einer musikalischen Lesung mit TINO EISBRENNER eingeladen. Ort des Kunstgeschehens war einer der größten Gaskessel Deutschlands, der - nun denkmalgeschützt - eines der Bernauer Wahrzeichen ist.

Die alte Kohlenhalle des ehemaligen Gaswerkes ist zu einem inzwischen beliebten Veranstaltungsort ausgebaut worden und bot den urigen Rahmen für die musikalische Vorstellung von Eisbrenners Buch »Kraniche«. Sylvia Pyrlík beschrieb die Symbolkraft der Kranichvögel. Sie werden weltweit als Boten gesehen, stehen als Symbol für das, was Menschen am meisten nötig haben: Frieden.

Tino Eisbrenner gilt als »umstritten«, denn er setzt sich für den Frieden ein. Arge Kritik erntete er beispielsweise im April, weil er als Jurymitglied zu einem internationalen Musikfestival nach Moskau eingeladen wurde, »während russische Soldaten die ukrainische Stadt Odessa bombardieren«, wie es eines der Mainstreamblätter ausdrückte. Eisbrenners Slogan lautet »Musik statt Krieg«. Tino Eisbrenner war 2022 Unterzeichner und Hauptinitiator des offenen Briefs »Kultur ist Frieden, Frieden braucht Kultur«. Dort gab er seine Meinung offen kund: Er wandte sich gegen die Verschärfung wirtschaftlicher und kultureller Sanktionen gegen Rußland.

Tino Eisbrenner ist sich bewußt, daß diese Meinung nicht in den bundesdeutschen Katalog erlaubter Auffassungen paßt. Ein Jahr vor der kritisierten Jurytätigkeit nahm er selbst als Künstler an dem Festival teil und belegte mit seinem Wettbewerbsbeitrag den Platz zwei.

Es war das Lied »Kraniche«, ein sowjetisches Lied aus dem Zweiten Weltkrieg, welches im Wettbewerb neu interpretiert werden sollte.

Es erzählt von den unzähligen gefallenen Soldaten und wie man sich vorstellen kann, daß sich die Gefallenen in Kraniche verwandelt haben und nun am Himmel zu sehen sind. Freilich reicht der historische Horizont der deutschen Bundesregierung und seiner »Außenministerin«, Eisbrenner mag den Namen nicht zu Papier bringen, weil er ihn dann vor Augen hätte, nicht so weit zurück. Was sind schon 27 Millionen tote Sowjetbürger im Zweiten Weltkrieg? Wo doch schon Annalenas Großvater 1945 in Frankfurt Europa gegen die Flut aus dem Osten verteidigte.

Eisbrenners Buch »Kraniche« ist im letzten Herbst bei Edition Bodoni erschienen und war Thema des Abends. Es verweist auf einen Moment, den wohl jeder Künstler als unvergeßlich beschreiben würde: »Und als von der Bühne in Moskau die ersten Zeilen ihres Liedes auf Deutsch erklangen, erhoben sich die Sechstausend im Saal ...«. Und damit erfahren wir etwas von Eisbrenners Mission, wenn er meint: »Ich will Brücken bauen, wenn andere keine mehr bauen wollen. In den 1980er Jahren war es ähnlich, da übernahm der Sport diese Funktion, heute springt die Kultur dafür ein.«

Das politische Umfeld dafür, vermerkt Eisbrenner in seiner Lesung, ist hierzulande schwierig. Die »Außenministerin« stelle einen rhetorischen Rekord nach dem anderen auf, wenn sie binnen weniger Minuten Phrasen wie »russischer Angriffskrieg« und ihre Leier, wir müßten »wehrhaft« werden, im Maschinengewehrtempo unter die Leute bringe. Eisbrenner ist da lieber mit der Gitarre »bewaffnet«. Knapp zweihundert Menschen im Saal applaudierten ihm als »Botschafter für den Frieden«.

(Quelle: HAGEN BONN: Kraniche über der Stadt, in: Junge Welt vom 9.10.24)

## Stimme gegen »Kriegstüchtigkeit«

**Mit unglaublicher Geschwindigkeit wird in Deutschland in Richtung Krieg hochskaliert. Kommt man mit älteren Menschen ins Gespräch, kann man erfahren, wie viele Ängste sie, teilweise noch Erinnerungen an den letzten Krieg, haben.**

Viele verstummen ob des großen Grauens, welches diese Erinnerungen in ihnen auslösen. Zudem fehlt es vielen Menschen u.a. an Kraft, Gesundheit oder Zeit, um an Friedensdemonstrationen teilzunehmen.

Daher hat die Bürgerinitiative Gemeinwohl-Lobby (BI GWL) eine Brief- und Postkartenaktion gestartet, die es jedem Menschen auf einfache Art und Weise ermöglicht, seine Stimme gegen die Regierungspläne zu erheben und als Souverän dieses Landes mitzuteilen, ICH MACHE DA NICHT MIT!

**link: [gemeinwohl-lobby.de/aktion-no-war/](http://gemeinwohl-lobby.de/aktion-no-war/)**

Wer schweigt stimmt zu!

Wir möchten, daß die Menschen nicht mehr schweigen, sondern eine laute und deutliche Rückmeldung an das Kanzleramt geben, daß die Kriegsbefürworter durch die Bevölkerung KEINERLEI UNTERSTÜTZUNG bezüglich eines Krieges mit Rußland zu erwarten haben. Und fordern Herrn Scholz auf, sich umgehend für Friedensverhandlungen einzusetzen. Wir geben den Menschen mit dieser Aktion ihre Stimme wieder. Denn es ist sehr wichtig, daß wir später einmal für uns sagen können, ich habe das nicht akzeptiert und meine Stimme erhoben.

Hier geht es nicht um einen »Verteidigungsfall«, sondern um einen zu erwartenden Krieg, in welchen Deutschland ohne Not durch seine Politiker hineingezogen wird.

Wir bitten daher die Menschen, an dieser Aktion teilzunehmen und uns anschließend

die Teilnahme auf unserer Seite zu bestätigen. So erhalten wir einen groben Überblick, wie viele Menschen sich beteiligt haben.

**Wie können die Menschen mitmachen?**

Die einfachste Methode: Den Brief an Bundeskanzler Scholz auf DIN A4 ausdrucken, unterzeichnen, in ein Briefkuvert stecken und absenden. Dies kann auch ohne Absender auf dem Brief geschehen ([gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/06/Brief-Scholz-Friedensfaehig.pdf](http://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/06/Brief-Scholz-Friedensfaehig.pdf)).

Wie kommt man an die Postkarten? Kontaktieren Sie uns über unsere eMail Adresse ([kontakt@gemeinwohl-lobby.de](mailto:kontakt@gemeinwohl-lobby.de)). So lange der Vorrat reicht, stellen wir Ihnen die Postkarten kostenlos zur Verfügung.

Wichtig: Wir benötigen Unterstützung für diese Aktion, damit viele Menschen von ihr erfahren. So können die Postkarten z.B. im Freundes- und Familienkreis, auf Friedensdemos, Mahnwachen, etc. verteilt werden.

Und bitte melden Sie sich, wenn wir unsere Postkarten in Ihrem Laden, Ihrem Lokal oder in Ihrer Praxis auslegen dürfen. Wir lassen Ihnen diese dann zukommen.

Wie sagte Bertolt Brecht? Viel ist schon gewonnen, wenn nur einer aufsteht und Nein sagt.

Nehmen wir es also nicht still und leise einfach hin, daß wir in einen Krieg gezogen werden, bei dem wir ALLE nur verlieren können.

GABRIELE LUDWIG,

Team Gemeinwohl-Lobby

## Die Linke und Palästina

**Eberswalde (bbp).** In Eberswalde gibt es seit einigen Monaten den Palästina-Kreis, der sich die Solidarität mit dem palästinensischen Volk auf die Fahnen geschrieben hat.

Die Palästina-Freunde nahmen an, bei der Linkspartei Verbündete zu finden und hatten deshalb darum gebeten, bei der Wahlkampfabschlußkundgebung in Eberswalde mit einem Infostand teilnehmen zu können. Darauf gab es keine Antwort und auch die Verteilung von Flugblättern wurden von Michael Wolff und Marlene Panten von den Linken untersagt. Immerhin gab es ein Gesprächsangebot, mal an einer Vorstandssitzung teilzunehmen, »damit man sich kennen lernen kann und gegebenenfalls gemeinsame Aktivitäten durchführt«. Eine Einladung gab es bislang nicht. Der Palästina-Kreis fragt nun, ob das Gesprächsangebot noch besteht.

»Der fortgesetzte Krieg gegen Gaza und die nun stattfindende Ausbreitung auf den Libanon und möglicherweise hin zu einem umfas-

senden Nahost-Krieg«, so der Palästina-Kreis, »macht es aus unserer Sicht dringend, daß die Kräfte, die gegen den Krieg und seine Unterstützung durch die Bundesregierung, gegen Besatzung und Unterdrückung aussprechen, miteinander ins Gespräch kommen und gemeinsame Aktivitäten durchführen, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen und in der Bevölkerung Aufklärungsarbeit zu diesem Thema zu leisten.«

So plant der Palästina-Kreis eine Vorführung des Films »No Other Land« mit anschließender Diskussion, weitere Diskussionsveranstaltungen und die Durchführung von Infoständen und würde sich freuen, »wenn auch Mitglieder der Linken dabei sein würden« oder »wir auch gemeinsame Aktivitäten organisieren könnten«.

Der Palästina-Kreis setzt sich für Toleranz gegenüber allen Gruppen, Ethnien, Religionen, Geschlechtern und sexuellen Orientierungen ein.

## Dranbleiben

Auch in der neuen Wahlperiode der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung bleibt es nach wie vor mein Ziel, die Stadtverordneten davon zu überzeugen, die Stellungnahme der Stadt aus dem Jahre 2018 zugunsten des Baus der B167neu-Nordvariante zu revidieren. Das Thema halte ich für wichtig, um nicht zu sagen, entscheidend für die Verkehrsentwicklung in Eberswalde.

In der Vergangenheit hat das städtische Baudezernat alles Erdenkliche unternommen, um die beste Lösung für den innerstädtischen Verkehr, nämlich den »Eberswalder Schwung« zu verhindern:

- Verfüllen der Bahnunterführung zwischen Hegelstraße und Klein Ahlbeck
- Bau der Fahrradstraße durch den Schellengrund, um die Umgehungsstraße hier zu verhindern
- Bau des Rad- und Gehwegs »Erna-Bürger-Weg«, um die sogenannte »Wolfswinkler Spange« – eine wichtige Verbindung zwischen den nördlichen Stadtteilen und dem Brandenburgischen Viertel – zu verhindern.

Diese Sünden lassen sich nicht mehr rückgängig machen, aber wir müssen verhindern, daß noch weitere hinzukommen.

Aus diesem Grunde halte ich es für dringend geboten, zu zeigen, worin die gegenwärtigen Verkehrsprobleme in Eberswalde liegen, und nachzuweisen, daß die B167neu (Nordvariante) keine Lösung darstellt sowie echte Lösungen anzubieten.

Viele Stadtverordnete verweisen auf den LKW-Verkehr, den man durch die B167 neu Nordvariante in den Griff bekommen will. Sie verkennen, daß dieser LKW-Verkehr nicht unwesentlich durch die vielen Märkte und Betriebe längs der alten B167 induziert wird und somit durch diese Nordvariante gar nicht reduziert werden kann. Eine aktuelle Analyse des LKW-Verkehrs, welches sind die Quellen, welches die Ziele, wie groß ist sein Umfang, liegt leider nicht vor.

So eine Analyse brauchen wir auch für den PKW-Verkehr, wobei eine mögliche Lösung für dieses Teilproblem längst bekannt ist, nämlich der konsequenten Ausbau des ÖPNV in Form unseres Obus-Netzes. Auch der Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes trägt dazu bei, kann aber nur einen kleinen Beitrag leisten und kann zudem nicht darin bestehen, die Durchlässigkeit vorhandener Straßen zu beeinträchtigen, wie das in der Heegermühler Straße praktiziert wird.

OSKAR DIETTERLE



## Zierke kandidiert

Der Prenzlauer SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke wurde am 12.10.2024 erneut für die Kandidatur zur Bundestagswahl nominiert. SPD-Mitglieder aus der Uckermark und dem Barnim haben Zierke einstimmig für die Wahl zum Bundestag nominiert.

»Die SPD ist aktuell noch die einzige Partei, die sich auf Bundesebene für soziale Belange einsetzt: Erhöhung Mindestlohn, sichere Rente, keine Erhöhung des Renteneintrittsalters und Absicherung des Rentenniveaus, Sicherung bei plötzlicher Arbeitslosigkeit oder bei Pflegefällen innerhalb der Familie. Wir schaffen Raum für soziale Gerechtigkeit. Diese Botschaft muß den Menschen bewußt werden. Ohne eine starke SPD ist der Sozialstaat gefährdet. Dafür werde ich mich auch im Wahlkampf einsetzen. Als Sozialdemokraten stehen wir für einen zukunftsfähigen und intakten ländlichen Raum. Wir wissen um die Zahlen der Abwanderung. Deswegen kämpfen für eine gute soziale Infrastruktur vor Ort. Ob Ärzte, Kultur, Rufbusse oder Angebote für Jung und Alt- die SPD kümmert sich um die Menschen im ländlichen Raum«, so Stefan Zierke.

»Wenn wir zurückblicken, dann sind es in meinen Augen die kleinteiligen Projekte, die auch durch meine Unterstützung von Bundesfördermitteln profitieren konnten und den Menschen vor Ort helfen. Sei es die finanzielle Unterstützung von Ehrenamtlichen, von Amateurmusikern, von Demokratieprojekten, von Projekten für Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum oder die Unterstützung von jungen Menschen, die sich vor Ort engagieren.«

SEBASTIAN SCHMIDT

## Grüne Kommunalpolitik

### Weniger Mandate, doch motiviert

**Eberswalde (b90/bbp).** »Wir sind sehr dankbar für die vielen Menschen, die sich trotz schwieriger Ausgangslage immer wieder ehrenamtlich für grüne Kommunalpolitik, soziale Gerechtigkeit, tragfähige Zukunftsideen, Naturschutz und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen«, erklärte Lydia Vogler vom grünen Regionalverband Oberbarnim nach der diesjährigen Kommunalwahl.

»Wir sehen allgemein einen Trend zu undemokratischen, rechtspopulistischen Parteien, der insbesondere auch des Oberbarnim betrifft. Das Erstarren dieser Kräfte wird nicht zur Verbesserung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen. Trotzdem werden wir mit unseren gewählten Abgeordneten an genau diesen Punkten ansetzen.«

Davon war bisher wenig zu sehen. In der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde reduzierte sich die Zahl der Sitze für Bündnis

## Glasfasernetz in Bernau und Eberswalde

**Bernau/Eberswalde (bbp-ber).** Im Frühjahr begann der Glasfaserausbau der Telekom im Rahmen des Projekts QUICKCITY im Bernauer Ortsteil Ladeburg. Die Tiefbauarbeiten dort wurden zum Ende der Sommerferien abgeschlossen. Seit September wird im Bernauer Innenstadtraum gearbeitet.

Beobachtet wurde die Verlegung von Glasfasersträngen und Hausanschlüssen im gesamten Stadtzentrum Bernaus. Dabei erfolgte auch auf ganzer Länge eine Mitverlegung von Kabelgruppen in der ohnehin ersatzweise neu erschlossenen August-Bebel-Straße. Die Teams des Projekts müssen sich überwiegend in einer speziellen Verlegungstechnologie bewähren, die bezogen auf das Erdreich etwa an minimal-invasive Eingriffe von OP's erinnern. Dazu buddeln die Teams mit dem Bagger aller paar Meter ein Loch in die Fußwege, und schieben dann mehr oder weniger am Rand der Bordsteine in kurzzeitig von Hand aufgeschaukelte Schlitze die Medien ein. Danach sind hochwertige Oberflächen wie Pflaster oder Gehwegplatten möglichst sofort wieder zu verschließen. Die gleiche Enge besteht, wenn die bunten Glasfaserstränge an Kreuzungen unterhalb der Fahrbahnen durchzuspielen sind.

Mit dieser Methode ist seit Anfang Oktober an jedem Wochentag in der Hussitenstraße, Bahnhofstraße und Breitscheidstraße und zuletzt im Abschnitt ab Ulitzkastraße bis Höhe Alte Goethestraße gebaut worden. Zur Verlegung können speziell vor Kreuzungen zumeist nur quadratmetergroße Baugruben genutzt werden, an denen sich dann Fußgänger vorbeiquetschen müssen. Wehe, es treten in diesen beengten Räumen dann noch unwägbare Hindernisse auf! Selbst ganze Sonnabende schaufelten die offenbar zu 95 Prozent süd- und osteuropäisch bemannten

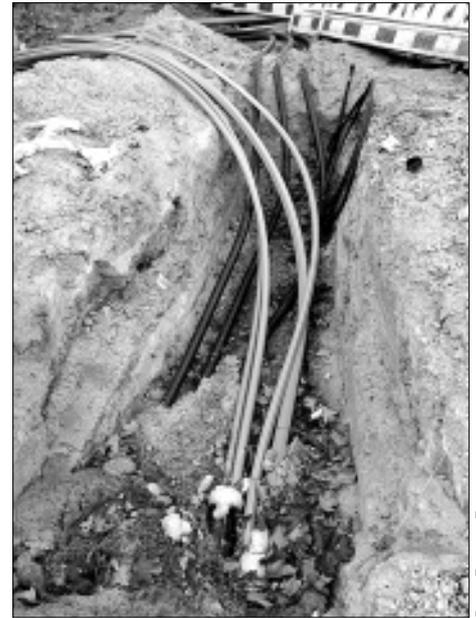


FOTO: THOMAS TOBIER

Glasfaserbündel mehrerer Anbieter im Konvolut verlegt unter der L30 August-Bebel-Straße

Arbeitstrupps wie die Kulis, solange das Tageslicht es hergibt. So beobachtet am 5. Oktober am Stadtmauerweg.

In Eberswalde werden zudem neue Wege beschritten. Hier nimmt die Wohnungsgenossenschaft 1893 in Eberswalde mit dem regionalen Partner Telta Citynetz GmbH und dem Tiefbauunternehmen TRP den Ausbau von Glasfaser für schnelles Internet selbst in die Hand. Bis November 2025 sind nach dem Plan alle 1893-Wohnungen als auch deren Gewerbeeinheiten mit Glasfaser ausgestattet. Dabei handelt es sich um gut 3300 Wohnungen. So mancher genießt dann sehr wohl das schnellste Internet. Einige Abnehmer stehen sogar jetzt schon kurz davor. Eine solche Vorgehensweise im Ausbau ist für unsere Region außergewöhnlich.

## Unternehmenssprechstunden im Rathaus

**Eberswalde (prest-ew).** Neben den bereits etablierten Bürgersprechstunden sowie dem eher spontan und offen gehaltenen Format »Bürgermeister vor Ort« bietet Bürgermeister Götz Herrmann zukünftig auch eine Unternehmenssprechstunde an. Hier soll der Fokus ganz auf Projektideen, Hinweise, Unterstützungsanfragen oder auch andere Bedürfnisse von Unternehmerinnen und Unternehmern gelegt werden.

»Die Förderung unserer Wirtschaft ist ein wichtiger Eckpfeiler meiner Arbeit als Bürgermeister. Durch unser Amt für Wirtschaftsförderung ist dieses Ziel auch strukturell in der Verwaltung manifestiert. Mit der ‚Unternehmenssprechstunde‘ möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren unserer Wirtschaft signalisieren: Ich habe stets ein ‚offenes Ohr‘ für Sie! Die Stadt Eberswalde und ich persönlich möchten Sie nach Kräften unterstützen!«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Die Anmeldung für die ersten beiden Termine ist bereits möglich: Dienstag, 22. Okto-

ber, zwischen 10 Uhr und 12 Uhr, sowie Dienstag, 26. November, zwischen 15 Uhr und 17 Uhr. Für eine optimale Terminvorbereitung ist die Angabe folgender Daten nötig: Anzahl und Namen der Gäste, eine kurze Schilderung des Anliegens sowie die telefonische Erreichbarkeit.

Es wird um schriftliche Anmeldung per eMail buergermeister@eberswalde.de gebeten. Fragen beantwortet das Sekretariat des Bürgermeisters auch telefonisch (03334/64515). Pro Unternehmen ist zunächst ein Zeitfenster von 30 Minuten geplant.

## Saarstraße, Post und »E 100«

Aus der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung berichtet

**Eberswalde (jg).** Nach einer Schweigeminute für die beiden Brandopfer der Friedrich-Ebert-Straße informierte der Bürgermeister auf der September-Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten über die Schließung der Hauptfiliale der Deutschen Post zum 26.11.2024. Damit fallen im Stadtgebiet und darüber hinaus auch alle Leistungen der Postbank weg. Das gehe aber nicht so nur Eberswalde so, sondern es treffe auch viele andere Kommunen in Brandenburg und Deutschland.

Mitarbeiter der Stadtverwaltung berichteten vom Baufortschritt der Sanierung des neben der Hauptpost gelegenen Hortes »Die coolen Füchse« – im Politjargon E 100 genannt – und erklärten, die Zeit der Trinkwasserversorgung in Kanistern für den parallel betriebenen Hort sei bald vorbei, wenn in Kürze das Leitungsnetz gespült werde. Die AfD-Fraktion wies darauf hin, daß für den »E 100« sogar ein umfassendes Brandschutzkonzept Teil der Bauplanungen sei, was eigentlich nicht für Horte, sondern für Schulen notwendig sei.

Weiterhin wurde mitgeteilt, daß man im E100-Außenbereich versuche, den großen Eichenbaum zu retten, was mittels einer Zugprüfung geschehe. Der Hof wird im Abschluß der Bauarbeiten grundhaft ausgebaut.

In der Einwohnerfragestunde bemängelten die Bewohner der Saarstraße, daß vor dem Baubeschluß der Stadtverordneten im April kein Gutachten vorgelegt wurde, das Aussagen zur Sicherheit des Rad- und Fußverkehrs machen kann, wie es gesetzlich vorgeschrieben sei. Götz Herrmann teilte dazu mit, daß jetzt ein Verkehrsaudit durchgeführt wurde, das noch vom Fördermittelgeber und der Verwaltung geprüft werde. Anschließend werde man darüber informieren. Der Name des Auditors werde nicht veröffentlicht, so Andrej Wincierz vom Rechtsamt, auf Grund fehlendem Vertrauen gegenüber den Bewohnern, die seine Arbeit möglicherweise beeinflussen könnten.

Die Anfrage von Carsten Zinn, ob im Lindencamp in Nordend (ehemalige Landesklinik) ein Wohnheim für behinderte Flüchtlinge eingerichtet werde, will der Bürgermeister schriftlich beantworten. Eine weitere Frage betraf das ehemalige Kaufland am Kleinen Stern, aber da gebe es keinen neuen Stand, so Götz Herrmann, also auch keine vorzeitige Freigabe durch das Unternehmen. Das Angebot für den Investor im Bereich EKZ Heidevald (BBV) eine Bürgerinformation abzuhalten, wurde bisher nicht angenommen.

## Ein Hausbrand in Eberswalde

Vom 16. bis 19. September konnten wir täglich auf der Titelseite der MOZ\* etwas lesen über ein Großbrandereignis in Eberswalde, eine Feuersbrunst, ein flammendes Inferno. Was ist wirklich passiert? Ein Haus hat gebrannt, ist gar vollständig ausgebrannt. Der Dachstuhl ist hin und das Feuer ist auf einen benachbarten Dachstuhl übergesprungen, einfach weil die Feuerwehr zu spät am Brandort war.

Natürlich ist es tragisch, daß bei dem Brand zwei Menschen ums Leben kamen. Die Leser fragen: warum wurde der Brand zu spät entdeckt, zu spät gemeldet? Warum konnten die beiden Menschenleben nicht gerettet werden? Daß ein großes Haus so schnell ausbrannten konnte läßt vermuten: Hier waren Profis am Werk, professionelle Brandstifter. Hier halten sich die Behörden jedoch zurück. Es wird ermittelt, das kann dauern!

### »... denn Sie kritisieren eine Berichterstattung«

**Eberswalde (bbp).** Johannes Madeja bat die lokale Tageszeitung um den Abdruck seiner Zusage, »vorzugsweise ungekürzt«. Dazu kam es dann aber nicht. Schon einen Tag nach der Einsendung antwortete Thorsten Pifan, der MOZ-Redaktionsleiter Uckermark und zugleich Regionalleiter Barnim/Uckermark: »Leider können wir den Beitrag nicht drucken, denn Sie kritisieren eine Berichterstattung«. Pifan unterstellt dem Leserbriefschreiber, er habe diese Berichterstattung »offenbar nicht sorgfältig verfolgt«.

Gebrannt hätten »in jener Nacht zwei Häuser auf mehreren Etagen. Zudem ist von einem dritten Gebäude der Dachstuhl in Flammen aufgegangen«, was die MOZ berichtet habe.

»Ihrem Wunsch zu hinterfragen, was die Behörden daraus lernen, kommen wir selbstverständlich im Zuge der allumfassenden Berichterstattung genauso nach. Die Anfragen dazu sind gestellt, indes haben wir dazu bisher noch keine Antworten erhalten.«

Die bisherige Berichterstattung zeige zudem, »daß auch die Behörden machtlos sind, wenn es sich um Brandstiftung handelt und sich das Feuer dann so schnell ausbreitet. Der Übersprung auf die Wohnungen im zweiten Gebäude erfolgte über ein Fenster – schwierig hier behördliche Konsequenzen zu fordern. Aber – wie erwähnt – wir sind dran!«

## Ein Bandenkrieg?

**Eberswalde (bbp).** In der Presse werde über den Brand am Marktplatz nicht wahrheitsgemäß berichtet, bemerkte ein Leser der Barnimer Bürgerpost. Vielmehr werde die Wahrheit verschleiert. In dem Haus sollte ein Barbershop eröffnet werden. »Solche Shops«, weiß unser Leser, »dienen der Geldwäsche«.

Ob das auch den verbrannten Barbershop betraf, der noch gar nicht am Markt war, bleibt natürlich Spekulation. Auch für die These, die »ganze Friedrich-Ebert-Straße und auch die Eisenbahntrasse« sei »in der Hand von ausländischen Banden, hauptsächlich Tschetschenen«, kann unser Leser keine Belege vorbringen, was natürlich wenig überrascht. Zumal »die Presse« darüber »natürlich nicht« berichtet. Er ist davon überzeugt: »Was wir hier gehabt haben, war ein Anschlag, ein Bandenkrieg«.

Zu den Spekulationen rund um den Brand äußerte sich in der Stadtverordnetenversammlung am 26. September auch der Eberswalder Bürgermeister GÖTZ HERRMANN. Die Feuerwehr sei bereits vier Minuten nach der Alarmierung vor Ort gewesen. Da brannte das Haus schon lichterloh. Die Staatsanwaltschaft ermittle wegen Brandstiftung. Mehr sei derzeit nicht bekannt. Sobald neue Informationen vorliegen, so der Bürgermeister, werden die Stadtverordneten darüber informiert.

Eines ist jedoch klar: Als die Feuerwehr kam, brannte das Haus in allen drei Stockwerken. Obwohl schnell, war die Feuerwehr zu spät da und konnte nur noch Schadensbegrenzung versuchen. Das ist nicht gut gelungen. Sicher ist: Bei rechtzeitiger Brandmeldung hätten Haus, Nachbarhaus und Leben gerettet werden können.

Wie sicher können wir sein, daß sich ein ähnliches Ereignis nicht demnächst wiederholt? Wer weiß, vielleicht sogar selbst erlebt hat, wie 1944/45 Dresden, Berlin und Magdeburg, im April 1945 sogar Eberswalde, gebrannt haben, der weiß, was ein Großbrand, eine Feuersbrunst, ein Inferno ist.

Wenn ein Haus brennt, dann ist das ein Unglück, vielleicht ein Verbrechen, mehr nicht! Wer für sich in Anspruch nimmt, seriös zu berichten, der sollte mit seiner Wortwahl sorgfältiger umgehen. Wir Leser möchten vor allen Dingen lesen, was unsere Behörden und Sicherheitskräfte aus dem Vorfall gelernt haben.

JOHANNES MADEJA

\* »Märkische Oderzeitung«, bis 1990 »Neuer Tag« Organ der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder). Die Treuhand übergab die Zeitung später einem westdeutschen Zeitungsverlag aus Ulm an der Donau (Baden-Württemberg). Mit »Titelseite« ist hier die Titelseite der Lokalausgabe für den Bereich Eberswalde gemeint. (bbp)

## Am Tag »danach«

Der Rücktritts-Coup Woidkes mobilisierte sämtliche Reserven für die SPD, auch zulasten der anderen, was insbesondere den Grünen dazu verhalf, aus dem Landtag zu fliegen.

Im Gegenzug mobilisierte Woidke aber auch jene, die genug von ihm hatten und die SPD nicht als stärkste Partei wollten. Das ging nach Lage der Dinge nur, wenn sie die AfD zur stärksten Partei machen. Das gelang nicht. Dennoch eine »erfolgreiche« Strategie nicht nur für Woidke, sondern auch für die AfD.

Péter Vida hat sich und seinen BVB/ Freien Wählern hingegen das Ergebnis selber versaut, indem er sich als »Retter der Mitte« bei gerade jenen anbiederte, die in den vergangenen Jahren den ganzen Murks verursacht haben. Und er unterstützte inhaltlich deren Konzept des autoritären Staates, womit sich die Etablierten von der AfD abgrenzen wollen, aber tatsächlich dem Bild, das sie (vermutlich nicht ganz zu unrecht) von der AfD zeichnen, selber immer ähnlicher werden.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Ergebnis der Brandenburger Landtagswahl ist, daß 14,3 Prozent der Wählerstimmen nicht im Landtag vertreten sein werden.

GERDA HENKEL

Der Heimatparteistatus spielt in Brandenburg als dem Herz des früheren Preußens eine besondere Rolle. Die Partei, welche diesen Status innehat, wird mit Brandenburg assoziiert. Diese typisch preußische Variante des Sozialismus (für Näheres »Preußentum und Sozialismus« von Oswald Spengler) findet ihren Brandenburger Ausdruck in dem programmunabhängigen Beharren am Landesoberhaupt und Beharren an seiner Partei. Dietmar Woidke hat diese Besonderheit bedacht und mit dem Spielen dieser Landesvater-Karte und der nur durch diese Besonderheit wirksam möglichen, deutlichen Abgrenzung von der Bundesregierung die Wahl gewonnen. Die Schere zwischen U30 und Ü70 ist nichtsdestotrotz bzw. demzufolge riesig – über 30% Unterschied bei der Zustimmung zur SPD bei diesen beiden Gruppen sind sozialer Sprengstoff.

Daß die CDU im Wahlkampf versuchte, sich auf dem für die Wähler mit Abstand wichtigsten politischen Themenfeld, der Migration, rechts zu positionieren, hat nur der AfD genutzt. Die anderen Parteien waren so klug, Innenminister Stübgen zukunftsweisenden, deutschlandweit neuartigen Vorstoß, das Asylrecht aus der Verfassung herauszulösen, nicht weiter zu beachten.

Die CDU hatte in Brandenburg immer vergleichsweise wenig Halt und ist bis heute ohne starke kulturelle Verankerung. Aufgrund der Nähe zur Hauptstadt Berlin kann Bran-

## Neue Partei vor schwerer Entscheidung

**Bernau/Eberswalde (bbp).** »13,5 Prozent bei den Wahlen in Brandenburg sind ein Riesenerfolg«, schreibt JENNY MEYER aus Bernau, die künftig gemeinsam mit dem Eberswalder ANDRÉ VON OSSOWSKI für die neue Partei *Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)* im Brandenburger Landtag sitzen wird.

»Zum dritten Mal in Folge überspringen wir nicht nur aus dem Stand die Fünfprozenthürde, sondern ziehen gleich mit einem zweistelligen Ergebnis in ein Landesparlament ein«, freut sich auch ihr Eberswalder Kollege. Kaum einer der Brandenburger BSW-Landtagsabgeordneten verfügt über Erfahrungen als Berufspolitiker. Sie stehen, wie man so sagt »mitten im Leben« und können auf eine gestandene berufliche Karriere in den verschiedensten Bereichen zurückblicken.

Die neue Partei ist bereit, Verantwortung auch in Regierungen zu übernehmen, allerdings nicht zu jedem Preis. Grundvoraussetzung für jede Regierungsbeteiligung bleibe, daß spürbare Verbesserungen erreicht werden müssen. »Regierungen sind für uns keine Versorgungsanstalten, sondern müssen ohne Wenn und Aber den Menschen im Land dienen.« Es brauche mehr den je »Vernunft und Gerechtigkeit

in der Landespolitik«. Nötig sind mehr Lehrkräfte und weniger »digitale Verwahrlosung«, damit die Kinder endlich wieder altersgemessen lesen, rechnen und schreiben lernen. Gebrauch wird Gegenwehr gegen die Krankenhausreform, die droht, einen Kahlschlag in der Fläche zu erzeugen. Die Infrastruktur braucht Investitionen, damit die Brücken wieder sicher werden und Infrastruktur nicht zur vererbten Kostenfalle für kommende Generationen wird. Schließlich brauchen die Kommunen eine Finanzierung, die ihre Handlungsfähigkeit gewährleistet.

Übergreifend gelte: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!« Deswegen müsse eine Landesregierung mit BSW-Beteiligung die Stationierung von Mittelstreckenwaffen ablehnen und eine deutlich vernehmbare Position für den Frieden beziehen.

In Brandenburg ist hier namentlich die SPD angesprochen. Falls diese nicht bereit ist, »zur deutlichen Verbesserung der Lebenssituation der Menschen beizutragen«, dann werde das BSW auch »aus der Opposition heraus für die notwendigen Veränderungen kämpfen können«. Man gehe »aber optimistisch und offen in die Gespräche«.

## Wer ist die »Heimatpartei«?

**Die AfD hat ihre Positionierung als Heimatpartei, welche naturgemäß rechten Parteien zugeordnet wird, weitergeführt und ausgebaut. Als historische Besonderheit vor dem DDR-Hintergrund hatte die LINKE von diesen Status lange profitiert und hat ihn nun im Zeitablauf vollständig verloren. Als große Konkurrenz dazu wird ebenso die SPD als Heimatpartei empfunden.**

weise verzichteten, sodaß die CDU wenig Profil auf diesem Gebiet zeigen kann. Christlich-religiöse Fragen spielen in Brandenburg ebenfalls keine Rolle. Ohne die lediglich reagierende Abgrenzung zur SPD hat die CDU Brandenburgs daher wenig Kontur und keine ihr selbst innewohnende Anziehungskraft.

Für die eher beliebige denn liberale FDP gilt dies umso mehr. Diese überschätzte auf absurde Weise ihre Möglichkeiten, als emotional und kulturell blasse Kleinpartei mit zugespitztem Wahlkampf einen Pol bilden zu können.

Echtes liberales Denken, welches man strategisch mit der freien wirtschaftlichen Betätigung der Handwerker und KMU anbringen könnte, transportierte sie nicht. Vielmehr hat sie dieses Feld konsequent der AfD überlassen. Als Teil der Bundesregierung, von der sie sich nicht abgrenzte, war ihr hier ein Erfolg erst recht verbaut. Auch im Bereich der Friedenspolitik hat die FDP – früher stets den Außenminister stellend – nicht angesetzt. Es steht zu befürchten, daß die FDP im Osten gänzlich verschwindet.

Dies gilt – jedoch nur, wenn das BSW sich etabliert – ebenso für DIE LINKE. Diese hat

ebenso versäumt, das Friedensthema aufzugreifen, was ihr als frühere Antikriegspartei besonders angekreidet wurde. Das brachte ihr nicht nur keine neuen Wähler, sondern kostete sie Stammwähler.

Die AfD, welche sich gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine positionierte, konnte dies weniger ummünzen, da sie mit einer gewissen Rußlandnähe assoziiert wird.

Der Hauptakteur auf diesem Themenfeld, das BSW, konnte durch die straffe Führung und Frau Wagenknechts klare Sprache und Popularität immens punkten und gewann ganze 40% seiner Wählerschaft bei den Nichtwählern. Als Neuling hat das BSW auch keine Vorbelastungen. Die Verknüpfung bundespolitischer Vorgaben mit späteren Landeskoalitionen hat wirksam die Ablehnung der Bundesregierung aufgegriffen.

Die Zuspitzung des Wahlkampfes hat die SPD und die AfD gestärkt. Geschadet hat die Polarisierung der SPD allen anderen Parteien außer der AfD, vor allem den Grünen und der FDP, welche die Hauptlast der Ablehnung des Bundespolitik zu tragen hatten.

TILO WEINGARDT

Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«:

# Wunder geschehen

*Fünfeinhalb Jahre nach der Klage verhandelt das Verwaltungsgericht*

**An das alltägliche Chaos auf der Eberswalder Ost-West-Magistrale, der Bundesstraße Nummer 167, die im Stadtteil Westend den Namen »Heegermühler Straße« trägt, haben sich die meisten Nutzer gezwungenermaßen inzwischen mehr oder weniger gewöhnt. Der Groll wird geschluckt und besten- oder eher schlimmstenfalls innerhalb der Familie abgelassen. Frust als Dauerzustand. Jüngere kennen die Situation nicht anders, andere reden sich die Sache schön und noch andere freuen sich sogar, einen für alle Verkehrsteilnehmer gefährlichen Radstreifen in der Heegermühler Straße nutzen zu können. Die Bewertungen sind vielfältig, aber ungeklärt.**

Als die Eberswalder Verkehrsbehörde, namentlich vertreten durch die Baudezernentin ANNE FELLNER, im Jahre 2016 im Zusammenhang mit der Errichtung des sogenannten »Westendcenters« – und durch die damals notwendigen Einschränkungen infolge der Baumaßnahmen geschickt getarnt – die einst vier Fahrspuren in der Heegermühler Straße dauerhaft auf zwei Fahrspuren reduzierte, bildete sich im Frühjahr 2017 die Bürgerinitiative (BI) »Radwege in Eberswalde«, die schließlich ein Bürgerbegehren gegen die Verkehrschaos erzeugende und Fahrradfahrer wie Autofahrer gefährdende Verkehrsführung startete. Sie sammelte dafür mehr als 4.000 Unterschriften von Eberswalderinnen und Eberswaldern. Im Herbst 2018 stellte die Stadtverordnetenversammlung die Gültigkeit des Bürgerbegehrens fest.

Allerdings hatte der Staat, also seine Verwaltungen, sein restriktives Potential noch nicht ausgeschöpft, denn laut Kommunalverfassung muß die untere Kommunalaufsicht, die beim Landrat angesiedelt ist, prüfen, ob so ein Bürgerbegehren auch zulässig ist. Da wurde dann argumentiert, daß es nicht um eine politische Entscheidung zur städtischen Verkehrsentwicklungsplanung gehe. Vielmehr handele es sich bei der Einrichtung der auf den Asphalt gemalten Radstreifen um eine rein verkehrsbehördliche Anordnung. Und da sei selbstredend eine Mitbestimmung durch die Bürger einschließlich ihrer Volksvertreter gar nicht zulässig.

Das beschied der Landrat des Kreises Barnim im Februar 2019. Die BI »Radwege« als Initiator des Bürgerbegehrens nahm diese willkürliche Entscheidung nicht hin und ihr Recht gemäß Kommunalverfassung wahr, vor dem zuständigen Verwaltungsgericht in Frankfurt/Oder gegen den Bescheid des Landrates zu klagen. Das war am 12. März 2019. Im Anschreiben der Satz: »Wir bitten um eine zügige Bearbeitung, um die Durchführung des Bürgerentscheids zum Termin der Kommunalwahlen am 26.05.2019 zu ermöglichen.«

Dazu kam es nicht. Bis Ende 2022 gab es noch diverse Schriftwechsel.

Zum einen wollte die BI per »einstweiliger Rechtssicherung« weitere Baumaßnahmen in



FOTO: GERD MARKMANN

der Heegermühler Straße verhindern, durch die inzwischen vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Das wurde durch das Verwaltungsgericht abgelehnt mit dem Verweis darauf, daß die Stadt Eberswalde, die diese vollendeten Tatsachen herstellte, ja gar nicht an dem Klageverfahren gegen den Landrat beteiligt ist und der Landrat demzufolge keinen Einfluß auf das Tatsachenschaufen durch die Stadtverwaltung nehmen könne. Für die BI war diese Erfahrung in der bundesdeutschen Rechtsprechung kostenpflichtig.

Im weiteren wollte MELANIE BENDITZ, die für das Verfahren zuständige Mitarbeiterin der unteren Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung Barnim, ihren Namen und Unterschrift unter den Schriftstücken des Landrats auf der Internetseite der BI veröffentlicht sehen. Dieses Ansinnen hatte 2021/22 einen längeren Schriftwechsel mit der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Folge, bei dem letztlich herauskam, daß die Landesbeauftragte weniger die Bürger vor dem Zugriff der Verwaltung schützt als vielmehr die Verwaltungsmitarbeiter vor den Bürgern. Immerhin war auch das eine wichtige Erfahrung.

Nun also – mehr als fünfeinhalb Jahre nach der Einreichung der Klage – gibt es am 7. November, um 12.45 Uhr, beim Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder den Termin der mündlichen Verhandlung.

Was soll man dazu noch sagen...

Dr. ULRICH POFAHL & GERD MARKMANN,  
Sprecher der BI »Radwege in Eberswalde«

## ADFC-Fahrradklima-Test

Sind die Fahrradwege nun in Eberswalde ausreichend oder nicht? Dazu gibt es immer wieder emotionsgeladene Diskussionen. Eine Umfrage des ADFC hilft alljährlich, diese Fragen zu beantworten, sie ist bis 30. November online und erfaßt bundesweit den Zustand, Komfort und Kompatibilität der Wegverbindungen im urbanen Raum.

Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautet »Miteinander im Verkehr«, also um gegenseitige Rücksichtnahme, den Überholabstand sowie den Platz, den Radfahrende im Straßenverkehr haben. Beim Verhalten von Radfahrern geht es vorab schon mal in Eberswalde nicht ohne Kritik ab.

Auf facebook schreibt WELTEN WANDERER: »Ich nehme in letzter Zeit eine 'Berlinisierung' des Radverkehrs wahr. Ob einer ohne zu gucken die Pfeilstraße kreuzt und du kaum noch bremsen kannst oder ob sie trotz vorhandenem Radweg mit einem Affenzahn an Hauseingängen vorbeiballern. Mit den Kindern das Haus zu verlassen ist eine gefährliche Angelegenheit geworden. Deshalb müssen auch diese dämlichen Schutzstreifen weg. Die werden zwar genutzt, aber ein großer Teil der Radler nutzt die, gerade hier in der Breitscheidstraße, eben nicht.«

Ein ANONYMER SCHREIBER berichtet über seine Erfahrungen auf dem Treidelweg: »Ich hatte (als Fußgänger) in den letzten 2 Wochen mehrere recht kritische Situationen mit Radfahren auf dem Treidelweg. Da kommen dir im Dunkeln zwei Räder entgegen, eines mit Licht, und eines ohne auf meiner Seite. Mit Hund an der Leine kann ich nicht mal eben zur Seite hüpfen, das war schon zweimal echt kritisch. Ihr bringt nicht nur meinen Hund in Gefahr, so ein Unfall kann auch für euch böse enden. Und gerade heute kamen mir zwei Damen mit Fahrrad entgegen und fahren auf der kompletten Breite des Treidelwegs nebeneinander. Es war hell und die gute Frau hält voll auf mich und Hund zu – beide mit Kleinkind im Gepäck. Wenn ich schon halb im Gebüsch laufe, kann man doch vielleicht versuchen mehr als einen halben Meter Abstand zu halten? Wollt Ihr eure Kinder umbringen, oder was soll das? Ich bin ja sonst immer eher auf der Seite der unmotorisierten Verkehrsteilnehmer, aber in letzter Zeit muß man als Fußgänger und erst recht als Hundebesitzer schon Angst vor Fahrradfahren haben.«

Radfahrende als auch Fußgänger haben über die Umfrage eine Möglichkeit, indirekt ihre Alltagserfahrungen an die politischen Entscheidungsträger weiterzugeben. Um die Fahrradfreundlichkeit sowohl in Eberswalde als auch im gesamten Barnim zu bewerten, ist es natürlich ratsam, bei der Umfrage auch mitzumachen. Hier ist der Link:

**fahrradklima-test.adfc.de**

## Eskalation in Nahost

Bereits am ersten Tag der »begrenzten Bodenoffensive« der israelischen Armee (IDF) in Libanon sollen drei Merkava-Kampfpanzer zerstört worden sein, heißt es. IDF-Spezialkräften gelang es, 400 m weit nach Libanon einzudringen, gerieten dann in einen Hisbollah-Hinterhalt und mußten unter Zurücklassung von Ausrüstung flüchten. Nach eigenen Angaben starben acht israelische Soldaten einer Elite-Spezial-Einheit.

Die israelische Bodenoffensive sei als Reaktion auf einen großangelegten Raketenangriff Irans auf Israel erfolgt. Die israelische Raketenabwehr (»Iron Dome«) versagte. Achtzig Prozent der 181 vom Iran verschossenen Raketen hätten ihr Ziel getroffen, d.h. etwa 145. Die israelische Basis Nevatim wurde durch den iranischen Angriff zerstört, behauptete die iranische Nachrichtenagentur Tasnim. Über 20 F-35-Kampfflugzeuge sollen dort zerstört worden sein. Auch israelische Gasförderplattformen bei Ashkalon seien getroffen worden sowie ein Mossad-Quartier, das sich in einem Wohngebiet befand.

Der Raketenangriff Irans wiederum war eine Reaktion auf die Ermordung der fast kompletten Hisbollah-Führung in der libanesischen Hauptstadt Beirut durch einen massiven israelischen Bombenangriff. Dem ging ein groß angelegter Terroranschlag mittels präparierter Pager voraus.

Der Pagerangriff und die Bombardierung des Hisbollah-Hauptquartiers waren »Reaktionen« auf vorherige Raketenangriffe der Hisbollah im Norden von Israel.

Mit den vereinzelt Raketenstarts hatte die Hisbollah auf die Flächenbombardements und Bodenoffensiven der israelischen Armee auf Gaza reagiert, wo innerhalb eines Jahres (Stand 15.10.24) 42.344 Menschen starben und 99.013 verletzt wurden.

Die israelische Großoffensive gegen die Hamas in Gaza war die Reaktion auf den Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023. Die Kämpfer von Hamas und deren Verbündeten hatten damals überraschend die stark befestigte Grenze nach Israel auf ganzer Linie überwinden können, hatten dabei einen bis zu 20 Kilometer tiefen Streifen mehrere Tage besetzt. Dabei starben, soweit bekannt, 384 israelische Soldaten oder andere Militärangehörige und 815 Zivilisten, zum Teil im Kugelhagel der israelischen Gegenangriffe. Außerdem wurden 251 Menschen als Geiseln genommen.

Israel hat es in einem Jahr nicht geschafft, die Hamas im Gazastreifen zu besiegen und sieht ihr Heil nun nur noch darin, den gesamten Nahen Osten mit Krieg zu überziehen. Offenbar meinen die israelischen Eliten, nur durch einen »großen Krieg« die nötige Unterstützung durch die USA zu bekommen.

GERDA HENKEL

# Ein Satz über den Tod

von Asmaa Dwimah

## Unsere Träume zerschmettert

*Unsere Träume zerschmettert,  
Unser Gedächtnis ausgelöscht,  
Unsere Tränen vertrocknet.*

*Wer sagte, der Tod  
sei das Ende des Atmens?  
Diese Lügner.*

*Wir sind die Toten,  
die immer noch atmen.*

Eigentlich wäre ich glücklich als Märtyrerin zu sterben, aber nicht so, wie ich heute Leute sterben sehe, denn ich habe Angst, lebendig unter Tonnen von Schutt begraben zu sein, von Asche und Steinen bedeckt und wenn ich sterbe, so fürchte ich, daß mein Körper in einer Spalte stecken könnte, die man nicht sehen kann; ich fürchte auch, daß sich mein Körper in der Luft zersetzen könnte und daß Leute mich einatmen und sich über diese Quelle frischer Luft wundern könnten, gerade heute und sie wüßten nicht, daß dies der moschusartige Duft des Martyriums ist; ich fürchte, daß ich in diesen schwierigen Zeiten sterben werde und daß meine Freunde nichts anderes tun können als zu sagen: »Möge ihr Gott gnädig sein« und anschließend nicht einmal eine ganze Stunde um mich weinen, denn die Angst vor dem Krieg und den Geschossen, die um sie herumfliegen, überfällt sie, während sie darauf warten auch noch an die Reihe zu kommen mit dem Sterben; ich habe wirklich Angst, daß ich in diesen Tagen sterben werde und meine Freunde meinen Namen nicht unter denen der Opfer finden werden, denn es sind so viele, auch fürchte ich, daß sie keine Internetverbindung aufbauen können, so daß sie nicht in der Lage sein werden, eine lächerliche Instagram-Geschichte zu posten, um über mich zu trauern, indem sie meinen Namen nennen und vielleicht meine Nummer unter den Opfern, unter Hinzufügung von einigen Gebeten, die sie von Google kopiert haben; ich befürchte, daß die Nachricht von meinem Tod die Leute erst nach einem Tag, nach einer Woche oder noch später erreicht und eine meiner größten Sorgen ist, daß ich zusammen mit unbekanntenen Personen in einem Massengrab begraben werden könnte, zusammengepackt mit einhundert oder zweihundert Leuten, die ich nicht kenne, zu denen ich keine Verbindung im Leben hatte, während nun der Tod uns in einem Grab zusammengebracht hat; ich fürchte auch, daß man meine Überreste nicht finden könnte und daß es keinen Grabstein, den man besuchen kann, für mich geben könnte, auch fürchte ich, daß mein Körper durch die her-

umfliegenden Steine zerschmettert werden könnte, so das meine Überreste über die Nachbarschaft verstreut würden und die Bewohner überrascht würden und meine Familie oder wer auch immer sie finden könnte, versuchen werde, sie wie ein schwieriges Puzzle zusammensetzen: den Magen und das Gedärm in der Mitte, den Kopfe oben, die Füße unten, die Gliedmaßen – wenn es sie noch gibt – verteilt am Rand des Puzzles und dann werden sie das Totengebet (Fatiha\*) für meine entschwundene Seele sprechen; oh Gott ich fürchte nicht den Tod, ich fürchte mich auch nicht davor, Dein Gast zu sein, denn Du bist der Barmherzigste der Barmherzigen, aber ich fürchte, daß mein Name auf den Grabsteinen nicht gefunden werden könnte, denn ich fürchte, oh Gott, daß ich einen Tod erleide, bei dem meine Familie und die, die ich liebe, nicht in der Lage sein werden, eine Beerdigung zu organisieren oder daß sie nicht die Zeit haben werden, um für mich das Totengebet zu sprechen, denn so viele von ihren Freunden werden auf der Liste der Opfer verzeichnet sein, so daß sie mich nicht in meinem Leichentuch erkennen und einen Kuss auf meine Stirne drücken können, ich fürchte, sie werden nicht einmal eine einzige Träne weinen können.

geschrieben am 27.9.2024

\*al Fatiha, die erste Sure des Koran, die »Eröffnende«, die zu Beginn eines jeden Gebets gesprochen wird.

ASMAA DWIMAH ist eine palästinensische Schriftstellerin und Dichterin, gelegentlich auch Zahnärztin, die nach mehreren Vertreibungen seit dem Oktober 2023 im Süden Gazas mit ihrer Familie Schutz sucht. (Übers. Hartmut Lindner)

## Drei Neue gegen Atomwaffen

Indonesien, Sierra Leone und die Salomonen haben kürzlich den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ratifiziert. Allein durch Indonesien schließen sich damit 277 Millionen Menschen dem Kampf gegen Atomwaffen an.

Drei neue Staaten haben sich nun rechtsbindend gegen Atomwaffen ausgesprochen. Sie stellen sich nicht nur auf die richtige Seite der Geschichte, sie erhöhen damit auch die Sicherheit vor Atomwaffen – für uns alle.

Diese neuen Ratifizierungen sind ein großer Erfolg für ICAN und ein wichtiger Schritt der nuklearen Abrüstung. Vor allem in Krisenzeiten der internationalen Diplomatie ist der UN-Vertrag gegen Atomwaffen ein Fels in der Brandung: In nur wenigen Jahren haben bereits 94 Staaten unterzeichnet. Wir setzen uns weiter dafür ein, daß alle Länder den Vertrag unterzeichnen! CHRISTOPH VON LIEVEN

## Warum die AfD keine Friedenspartei ist

Dem BSW wird seitens der Mainstream-Medien gern und regelmäßig eine Nähe zur AfD nachgesagt. Dabei ist die AfD weder eine Friedenspartei noch eine Partei, die sich für die arbeitende Bevölkerung einsetzt, wie jüngst OSKAR LAFONTAINE in einem Interview mit der Weltwoche erklärte: »Für uns als BSW ist das Thema Frieden nicht nur im Ukraine-Krieg wichtig, sondern auf der ganzen Welt und damit auch in Gaza. Der AfD ist dieses Thema ziemlich egal. Wenn sich AfD-Politiker dazu äußern, dann sogar positiv gegenüber der rechts-extremen israelischen Regierung, die massive Kriegsverbrechen im Gazastreifen begeht.«

Bei der Aufrüstung übertreffe die AfD sogar die Position der Bundesregierung. Ihr ist das

Zwei-Prozent-Ziel der NATO nicht genug, sie will sogar noch mehr Geld für Kriegsgerät ausgeben und am anderen Ende sparen, nämlich in der Sozialpolitik. »Die AfD will eine Steuerpolitik im Geiste von Union und FDP. Sie fordert: keine Erbschaftsteuer, keine Vermögenssteuer, keine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen.« Auch in der Lohnfrage gebe es unüberwindbare Differenzen: Bei einem Antrag der BSW-Gruppe im Bundestag Ende April 2024, den gesetzlichen Mindestlohn auf 14 Euro zu erhöhen, stimmte die AfD dagegen, wie übrigens auch SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU. Darauf hatte auch Sarah Wagenknecht kürzlich hingewiesen.

LAURA BÖCKEL



Am 26. September war »Internationaler Tag für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen«. Atomwaffen sind nicht nur bei Anwendung eine Gefahr für die Menschheit. Sie sind zugleich eine riesige Verschwendung ökonomischer Ressourcen in einer Welt mit globaler Armut.

Im vorigen Jahr haben die Atomwaffenstaaten 2.898 Dollar pro Sekunde für Atomwaffen ausgegeben.

Foto: ICAAN

BVB/Freie Wähler:

## Eine herbe Enttäuschung

Das Resultat der Landtagswahl mit 2,6% der Zweitstimmen stellt eine herbe Enttäuschung für BVB/Freie Wähler dar. Der Wahlkampf war stark durch die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen der SPD, angeführt von Ministerpräsident Dietmar Woidke, und der AfD geprägt. Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich strategisch dafür, ihre Erst- und Zweitstimme der SPD zu geben, um eine Mehrheit der AfD im Landtag zu verhindern. Dies betraf – wie alle anderen kleineren Parteien – auch BVB/Freie Wähler erheblich, da viele potentielle Unterstützer sich angesichts der zugespitzten politischen Lage für die SPD entschieden.

Wir bedauern den Ausgang der Wahl zutiefst. Die Polarisierung des Wahlkampfes und die Fokussierung auf den Kampf zwischen SPD und AfD haben dazu geführt, daß wir trotz des guten Erststimmenergebnisses von landesweit 7 % bei den Zweitstimmen deutlich an Boden verloren haben.

Durch die Wahlen in Thüringen und Sachsen und den unklaren Mehrheitsverhältnissen wurde der zugespitzte Wahlkampf nochmal verstärkt. Die Fokussierung auf Bundesthemen war eine zusätzliche Schwierigkeit für eine auf Brandenburger Themen spezialisierte Kraft wie BVB/Freie Wähler.

Besonders schwer wiegt, daß das Direktmandat im Wahlkreis 14 – einer Region, in der BVB/Freie Wähler stark vertreten ist – an die AfD ging. Zwar konnte mit rund 24 % der Erststimmen das Ergebnis von 2019 wiederholt werden, lag damit aber knapp hinter der AfD. So konnte die Grundmandatsklausel nicht greifen, die BVB/Freie Wähler trotz des Wahlergebnisses einen Einzug in den Landtag ermöglicht hätte. Obwohl die Kampagne die bisher intensivste in der Geschichte von BVB/Freie Wähler war – mit unzähligen Plakaten, Haustürgesprächen, Flyern, Veranstaltungen und sehr vielen Social-Media-Aktivitäten – hat es dennoch nicht gereicht.

Wir werden die Wahlergebnisse in den kommenden Wochen gründlich analysieren und auf dieser Basis die Strategie für die Zukunft anpassen.

Wir bleiben unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet und werden in den Gemeindevertretungen und Kreistagen eine starke Stimme für die Interessen Brandenburgs sein. Unsere Bewegung bleibt zuversichtlich, daß die stabilen Erststimmenergebnisse sowie die feste Verankerung in den Kommunen eine Basis für zukünftige Erfolge bieten.

PÉTER VIDA,

Landesvorsitzender von BVB/Freie Wähler

## Im nuklearen Visier

Nach der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, in der BRD landgestützte US-amerikanische Mittelstreckenraketen und -marschflugkörper zu stationieren, hat Rußlands Präsident Wladimir Putin die Änderung der atomaren Militärdoktrin angekündigt.

Künftig behalte sich Rußland vor, auch bei einem Angriff eines nicht-nuklearen Staates, den dieser zusammen mit einem nuklearen Staat durchführe, den Einsatz von Atomwaffen vor. Dies gelte auch für einen Angriff auf das verbündete BeloRußland. »Zuverlässige Informationen über den Einsatz von Luft- und Raumfahrtmitteln (Raketentests) gegen Rußland werden eine nukleare Antwort nach sich ziehen«, so Putin. Auch eine »kritische Bedrohung der russischen Souveränität durch konventionelle Waffen« sei ein Grund für eine nukleare Antwort.

Somit wird die BRD durch die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zum Ziel russischer nuklearer Gegenschläge. Bereits bisherige Mittelstreckenraketen verkürzen die Vorwarnzeit auf wenige Minuten. Sollte den USA der Bau von Hyperschallraketen gelingen, reduzieren sich die Möglichkeiten, eventuelle Fehlmeldungen über Raketenstarts zu prüfen, praktisch auf Null.

GERD MARKMANN

## Schenkladen wiederbeleben

**Eberswalde (bbp).** So mancher erinnert sich noch an den Tausch- und Schenkladen in der Eisenbahnstraße. Irgendwann fehlte das Geld für die Betriebskosten und genügend Menschen für regelmäßige Öffnungszeiten. Nun wollen die Leute vom »Tauschring Eberswalde« den Schenkladen wiederbeleben. Im November soll der neue Leih- und Schenkladen aufmachen. Es werden noch Menschen gesucht, die aktiv mitmachen – rund um die Themen Leihen, Schenken, Ressourcenschutz entwickeln. Bitte per eMail (creativtausch@web.de) melden.

## Hilfe für Brandopfer

Am Abend des 14. Septembers kam es zu einem Brand in der Eberswalder Innenstadt, bei dem eine Mutter mit ihrem Kind starben. Insbesondere sind türkische, ukrainische und syrische Menschen betroffen, die unsere Unterstützung benötigen. Hinzu kommen die Menschen aus dem Nachbarhaus, das auch schwer beschädigt wurde.

Wir sammeln insbesondere Geld für eine Soforthilfe: Bürgerstiftung Barnim Uckermark (Spendenkonto für die Opfer des Brandes von zwei Wohnhäusern in Eberswalde bei der Sparkasse Barnim, IBAN: DE21 1705 2000 3000 0010 50, BIC: WELADED1GZE)

KAI JAHNS | 9

## Ganzheitliche Ernährung (43)

Welche Lebensmittel sind bei Parodontitis zu empfehlen und auf welche Lebensmittel sollten Sie lieber verzichten?

Hier ein kleiner Überblick:

Bei *Gemüse* können Sie fast die ganze Palette genießen. Verzichten sollten Sie auf Tiefkühlgemüse in Sahne, Butter und Rahm. Zugreifen können Sie bei Blattsalaten. Auch Kohl kann auf Ihrer Einkaufsliste stehen, egal ob Weißkohl, Rotkohl, Rosenkohl, Blumenkohl Kohlrabi oder Brokkoli. Auf Ihrem Speiseplan dürfen auch Pilze, Erbsen, Spinat oder Fenchel stehen.

Nicht empfehlenswert sind sämtliche gezuckerte *Obstkonserven*. Nur in geringen Maßen sollten Sie Trockenobst und zuckerreiches Obst (z.B. Honigmelone, Weintrauben, Bananen, Mango, Ananas) verzehren. Ansonsten können Sie Obst nach Herzenslust genießen. Greifen Sie zu Orangen, Kiwi, Papaya, Sanddorn, Grapefruit, Hagebutte oder Himbeeren.

Bei *Nüssen und Samen* sollten Sie auf jegliche Art von gesalzenen Nüssen verzichten. Zugreifen können Sie hingegen bei Walnüssen, Macadamianüssen, Mandeln, Paranüssen sowie Leinsamen, Chiasamen und Sesamsamen.

Bei *Kräutern und Gewürzen* können Sie gerne zu Petersilie, Schnittlauch, Kresse, Ingwer, Kurkuma und zu mildem Curry greifen. Alle Arten von scharfen Gewürzen sollten Sie vermeiden.

*Trinken* sollten Sie Wasser und ungesüßten Tee. In Maßen können Sie gerne auch Kaffee konsumieren. Auf Softgetränke und Fruchtsäfte sollten Sie vollständig verzichten. Auch Alkohol ist nicht zu empfehlen.

Beim *Getreide* sollten Sie auf alle Weizenprodukte, Fertigbackwaren aller Art sowie auf sämtliche Fertigprodukte verzichten. Empfehlenswert sind Buchweizen, Amaranth, Haferflocken und Quinoa. Auch Roggen, Emmer, Dinkel und Einkorn können ebenso wie Vollkorngetreideprodukte auf Ihrem Einkaufszettel stehen.

Geeignete *Öle* sind Walnußöl, Olivenöl, Leinöl und Rapsöl. Dagegen sollten Sie auf Sonnenblumenöl, Butterschmalz und Distelöl verzichten.

Bei *Fleisch und Wurst* können Sie in Maßen gerne zu Wild, Rind, Geflügel und Kalb greifen. Jedoch sollten Sie auf fette Wurstwaren, Schweinefleisch, frittiertes oder paniertes Fleisch verzichten.

Bei den *Fischen und Meeresfrüchten* sind Krabben, Muscheln, Garnelen, Austern und fetter Seefisch, wie z.B. Makrele, Hering und Lachs zu empfehlen. Auf frittierten oder panierten Fisch sollten Sie verzichten.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

[www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)

## Schuldnerberatung in Europa – Teil 7: Litauen

# Kaum Schutz vor Pfändungen

Vilnius, die Hauptstadt Litauens, ist 819 Bahnkilometer von Berlin entfernt – nicht gerade ein Katzensprung, aber mit der Bahn in 6 1/2 Stunden erreichbar, und wenn man Glück hat, kostet das Bahnticket nur 29 Euro. Kein Wunder also, dass Litauen pro Jahr insgesamt rund eine Million Besucher, landläufig Touristen genannt, empfängt, bei einer Einwohnerzahl von 2,8 Millionen.

Der statistisch gemessene Wohlstand in Litauen wächst kontinuierlich. Im Jahr 2023 hat das Bruttoinlandsprodukt von Litauen rund 77,9 Milliarden US-Dollar betragen. Die BIP-Prognose für das Jahr 2024 beläuft sich auf rund 81,2 Milliarden US-Dollar. Wie in vielen anderen europäischen Ländern – so auch in Deutschland – war die Inflationsrate während der Corona-Pandemie in Litauen sehr hoch: 2022 18,86 %, 2023 8,69 %. Dieses Jahr soll sie nur 1,46 % betragen.

NERIJUS NUMAVICIUS ist mit großem Abstand der reichste Mann in Litauen. Er besitzt ein Vermögen von 1,35 Milliarden und ist Gründer und Leiter des größten litauischen Einzelhandelskonzerns »Vilniaus prekyba«.

Die andere Seite der Medaille ist, daß 22,1 % der Männer und 26,3 % der Frauen in Litauen von Armut bedroht sind. Sie haben Schwierigkeiten, ihre Miete, ihre Energiekosten oder andere finanzielle Verpflichtungen zu bezahlen. Rund 14 % der litauischen Bevölkerung sind überschuldet. Jeder Dritte verfügt in Litauen über keinerlei Ersparnisse. Das Fehlen von finanziellen Reserven ist der größte Risikofaktor für eine Überschuldung. Eine Untersuchung der Nationalbank in Litauen identifizierte im Jahr 2022 folgende Risiken, die häufig zur Überschuldung führen: Gehaltskürzungen, Verlust einer regelmäßigen

Einkommensquelle, Familienzuwachs (!), unvorhergesehene Ausgaben und der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Hinzu kommt, daß in Litauen das pfändungsfreie Einkommen nicht wirklich geschützt ist. Gerichtsvollzieher haben die Möglichkeit, bis zu 30 % des an sich pfändungsfreien Einkommens dennoch zu pfänden. Für viele Litauer ist das ein Grund, sich in die Schwarzarbeit zu retten.

In verschiedenen Gesprächen vor Ort habe ich festgestellt, daß es gegenwärtig für Menschen in finanzieller Not wenig Unterstützung in Litauen gibt. Die Kommunen bieten kostenlose rechtliche Basisberatung an. Einige NGOs helfen überschuldeten Menschen auf Projektebene. So unterstützt die Organisation »Pactum« überschuldete Menschen, die Probleme haben, eine Anstellung zu finden, mit Schuldenberatern und Psychologen und hilft auch bei der Mediation mit Gläubigern. Weitere Organisationen, die sich hier engagieren, sind das nationale Armutnetzwerk, die litauische Konsumenten-Allianz, der Finanz- und Kreditmanagementverband (FICMA), der litauische Verband der Sozialarbeiter und die CARITAS Vilnius.

Das Finanzwissen ist in Litauen auch verbesserungsbedürftig. Die Nationalbank hat deshalb im September 2022 ein Finanzbildungszentrum etabliert, das sich zum Ziel gesetzt hat, das finanzielle und ökonomische Wissen in der Bevölkerung zu verbessern.

Im Rahmen des europäischen PEPI Projekts, das ich geleitet habe, ist für Litauen eine Webseite ([www.skolai-ne.lt](http://www.skolai-ne.lt)) entwickelt worden, die überschuldete Menschen sowie Beraterinnen und Berater unterstützt, einen Weg aus der Überschuldung zu finden.

Dr. DIETER KORCZAK

# Wem gehört das Land?

## Familienbetriebe contra Agrarstrukturgesetz

Potsdam (bbp). »Wer in die Agrarstruktur eingreift, muß die tatsächlichen Verhältnisse kennen«, meint der Vorsitzende des Vereins FAMILIENBETRIEBE LAND UND FORST BRANDENBURG Rudolf Hammerschmidt.

Eine neue Studie des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung zeige, daß in Brandenburg keine marktbeherrschenden Großkonzerne den Bodenmarkt dominieren, sondern daß die Agrarflächen 175.000 privaten Eigentümern gehören. »Die großen Grundeigentümer, die wir hier in Brandenburg wirklich zu fürchten haben, sind nicht etwa die vielgescholtenen außenlandwirtschaftlichen Investoren. Stattdessen zählen dazu vor allem die BVVG mit

31.000 ha, ein Unternehmen, das landwirtschaftliche Flächen für die Stadt Berlin bewirtschaftet und ein Unternehmen des Landes Brandenburg, das alte Militärflächen verwaltet. Ergänzt werden sie von der Landesforstverwaltung, dem Landwirtschaftsministerium, einem Nationalpark und einer Naturschutzorganisation.« Hammerschmidt spricht von »ideologisch motivierten Fehlsteuerungen«. Eine Regulierung des Bodenmarktes, die auf solchen Fehlannahmen basiert, sei nicht nur riskant, sondern auch verfassungsrechtlich fragwürdig. »Wir fordern eine Agrarstruktur, die den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung trägt – aber nicht auf diesem Weg!«

# Brandenburger Seenreport

**Pehlitzwerder (bund/bbp).** Noch immer zählt der Parsteiner See zu den zwölf Seen in der BRD mit der besten Wasserqualität. Jedoch sinkt sein Wasserstand seit circa 2010 kontinuierlich und erreichte Ende Oktober 2023 einen historischen Tiefstand: Minus sieben Zentimeter. Bei einer Gesamtfläche des Parsteiner Sees von zehn Quadratkilometern entspricht ein Zentimeter Wasserhöhe einer Million Liter.

Weniger Niederschläge und bei zugleich höherer Verdunstung hat nicht nur Folgen für die Ökologie, sondern auch für die Ökonomie. »Geht der See weg, bleiben auch die Gäste weg«, sagt Jörg Lehmann vom Vorstand des Naturfreunde/Campinggemeinschaft Pehlitzwerder e.V., einem kleinen Verein, der den Campingplatz auf dem Pehlitzwerder betreibt. Dies wurde am 1. Oktober dem Barnimer Landrat Daniel Kurth dargelegt, dem auf dem Pehlitzwerder der Bericht des Bundes für Umwelt und Natur Deutschlands (BUND) »Seen - Brandenburgs bedrohte Schätze« übergeben wurde.

Wichtig sei, das Wasser im Land zu halten, statt es über die Flüsse ins Meer zu leiten. Dies kann beispielsweise bewerkstelligt werden, indem Abwässer lokal und dezentral geklärt und vor Ort versickert werden, statt in Gruben gesammelt und in Kläranlagen aufbereitet und von dort über Kanal- und Flußsysteme in die Nord- und Ostsee geleitet zu werden. Lehmann informierte über das Pilotprojekt DeWaResT (Dezentrale Abwasserbehandlung und Wasserwiederverwendung für Regionen mit saisonalem Trockenstress), das zwischen 2022 und 2024 auf dem Pehlitzwerder durchgeführt wurde. Ziel war es hier, eine neuartige Pflanzenkläranlage zu entwickeln, die den hohen Anforderungen an die erforderliche Rei-

nigungsklasse im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin gerecht wird. Die Projektziele wurden erreicht: Das in der Pflanzenkläranlage gereinigte Abwasser erreicht Badewasserqualität und wurde versickert. »Damit haben wir eine Musterlösung für das Biosphärenreservat entwickelt«, so Jörg Lehmann.

Der BUND-Landesvorsitzende Carsten Preuß mahnte bei der Übergabe des Seenreports an den Landrat aber auch eine beschleunigte Umsetzung der im Niedrigwasserkonzept des Landes Brandenburg festgelegten Maßnahmen zur Sicherung des regionalen Wasserhaushalts in der Landschaft an: »Das im Niedrigwasserkonzept berücksichtigte Frühwarnsystem muß Prüfgrundlage bei Genehmigungen für die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser, sowie für Maßnahmen zum Rückhalt von Wasser und zum Wassermanagement in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz darstellen. Bei konsequenter und gezielter Umsetzung der Vorsorge- und Reaktionsmaßnahmen der Niedrigwasserkonzeption ist Brandenburg nicht schutzlos der Wasserknappheit ausgeliefert.«

Lisa Ramroth vom Klimabündnis Brandenburg ergänzte: »Der Parsteiner See ist nur ein Beispiel für den Wassermangel in Brandenburg. Auch andere Seen verlieren stetig an Wasser

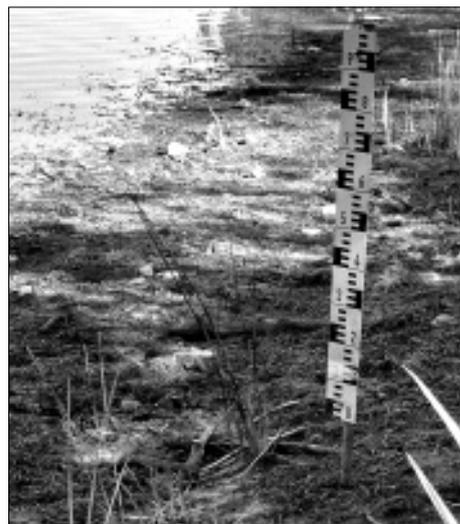


FOTO: GERD MARKMANN

und die Grundwasserpegel sinken. Schreitet die Klimakrise weiterhin ungebremst voran, werden die Seen in Brandenburg austrocknen und der Wassermangel in Brandenburg zunehmen. Die Zeit, dieses Szenario mit Klimaschutz möglichst zu verhindern und sich an zukünftige Bedingungen anzupassen, ist jetzt.«

Jörg Lehmann ist jedenfalls fest entschlossen, auf dem Pehlitzwerder dauerhaft eine Wasseraufbereitungsanlage zu installieren. »Viele Möglichkeiten hat unser kleiner Verein zwar nicht«, sagt er. »Aber wir werden, wo immer möglich, die Dinge selbst in die Hand nehmen.«

Hinweis: Der Seenreport kann unter [www.bund-brandenburg.de/themen/gewaesser/seen-in-brandenburg](http://www.bund-brandenburg.de/themen/gewaesser/seen-in-brandenburg) kostenlos heruntergeladen oder beim BUND Brandenburg, Mauerstraße 1, 14469 Potsdam bestellt werden.

## Aktionsplan für 13 Kleinprojekte

In diesem Jahr werden im Barnim erstmalig sogenannte Kleinprojekte im Rahmen des LEADER-Regionalbudgets aus Mitteln des Landes Brandenburg und der Europäischen Union finanziell gefördert. Bis zum 1. September hatten Vereine, Verbände und Gemeinden Zeit, ihre Projektideen bei der Lokalen Aktionsgruppe Barnim (LAG) einzureichen. Jetzt entschied der Vorstand des Vereins über die Verteilung der 200.000 Euro Fördermittel auf die insgesamt 30 eingereichten Vorhaben in der LEADER-Region Barnim. Ziel des Regionalbudgets ist es, das Engagement von unterschiedlichen Akteuren im ländlichen Raum zu unterstützen.

»Wir freuen uns sehr über das große Interesse an der Förderung und die Vielzahl an spannenden Projektideen, die uns erreicht haben«, so BURKHARD HORN, Vorstandsvorsitzender der LAG. »Das vorhandene Budget wurde um etwa 220.000 Euro überzeichnet. Das bedeutet, daß wir nicht alle eingereichten Projekte fördern können. Den für eine Förderung im Rahmen des

vorgegebenen Budgets angelegten Bewertungskriterien entsprechend konnten 13 der 30 eingereichten Kleinprojekte einen der begehrten vorderen Rankingplätze erreichen. Diese Vorhaben haben wir auf unserer Vorstandssitzung am 16. September in unseren Aktionsplan aufgenommen«, erläutert Horn den Auswahlprozeß.

»Die Vielfalt des ländlichen Barnims zeigt sich in dem breiten thematischen Spektrum unseres diesjährigen Aktionsplanes«, berichtet Torsten Jeran, Regionalmanager der LAG. »In Liepe möchte die Gemeinde einen regelmäßigen Dorfwirtschaftsstammtisch etablieren, in Lunow soll dank einer energieeffizienten Flutlichtanlage auch in den Abendstunden Fußball gespielt werden können und in Joachimsthal möchte ein Rassegeflügelverein seine Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit unter anderem mit einem überlebensgroßen Maskottchen professionalisieren.« Der Aktionsplan werde nun durch die LAG beim Landesamt für ländliche Entwicklung und Flurneuordnung in Prenzlau zur Prüfung eingereicht, sodaß zum Ende

## Bei uns heißt sie Hanka

Am Freitag, dem 25. Oktober, läuft um 19.30 Uhr im Kommunalen Kino im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal der Dokumentarfilm »Bei uns heißt sie Hanka«. Darin begibt sich die Regisseurin Grit Lemke auf die Spur ihrer sorbischen Wurzeln. Was als Suche nach Herkunft, Muttersprache und Zugehörigkeit beginnt, wird zu einem sehr persönlichen Einblick in die Traditionen, Traumata und Träume eines Volkes. Der Eintritt kostet 6 Euro; eine Reservierung ist nicht erforderlich.

RUTH BUTTERFIELD  
Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · [www.heidekrug.org](http://www.heidekrug.org)

des Jahres mit der behördlichen Freigabe zu rechnen sei und die Projekte starten können. Nähere Informationen über die Möglichkeiten der Kleinprojektförderung über das Regionalbudget und über die klassische LEADER-Förderung gibt es unter [www.leader-barnim.de](http://www.leader-barnim.de) oder im direkten Kontakt mit dem Management der LAG zu informieren.

Der Wähler nahm das Problem wahr und sucht seit Jahrzehnten nach alternativen Trägern. Die ersten Anzeichen waren das Aufkommen von Bürgerbewegungen, nach einiger Zeit neuer Parteien, von denen einige später den gleichen Weg der Desintegration gingen.

Die deutsche Kultur basiert stark auf dem Konsens, auf dem Ausgleich der Macht. Dies prägte unsere historischen Ordnungen seit vielen Jahrhunderten. Unser Föderalismus findet seine Wurzeln in lange zurückliegenden, vordemokratischer Zeit – aus dem Geschichtsunterricht kennen wir die Goldene Bulle von 1356. Dem heutigen französischen Zentralismus, in welchem ein Präsident mit mehr Rechten ausgestattet ist als der amerikanische Präsident, der von Paris aus bis in den letzten Winkel des Landes regiert, entsprach der frühere Absolutismus. Die Neigung zum Beanspruchen des Ganzen führt zu starken politischen Wechseln in den romanischen Ländern, mal von ganz links, mal von ganz rechts regiert, teilweise so heftig, daß dabei die rechtsstaatliche, demokratische Ordnung selbst verschwinden konnte, wie in Chile.

Wird Macht nicht ausgleichend genutzt, spaltet und sprengt sie die Ordnung. Wenn sie inhaltlich falsch genutzt wird, verformt sie und bringt die Ordnung ins Ungleichgewicht. Wird die Macht gar nicht mehr genutzt, stürzt die Ordnung ein.

Damit dies nicht geschieht, haben wir als ein korrigierendes Element den Wechsel der Kulturträger durch Wahlen, welches langfris-

## Karriereschub

**Wiesbaden (mh/bbp).** Am Wochenende der Brandenburger Landtagswahl trafen sich in Wiesbaden die Delegierten der Landesverbände der VEREINIGUNG LIBERALER KOMMUNALPOLITIKER (VLK) zur Bundesdelegiertenversammlung. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Nachwahl von zwei stellvertretenden Bundesvorsitzenden der VLK.

Während die FDP in Brandenburg unter die Ein-Prozent-Marke rutschte, konnte der Eberswalder MARTIN HOECK in Wiesbaden mit einem Wahlerfolg glänzen. Die liberalen Kommunalpolitiker wählten ihn neben Dr. THOMAS NITZSCHE zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Dr. Nitzsche ist VLK-Vorsitzender in Thüringen und Oberbürgermeister von Jena. Hoeck ist VLK-Vorsitzender in Brandenburg und Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde sowie FDP-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Barnim.

»Gerade nach den aktuellen Landtagswahlen ist es wichtig, daß wir unsere liberale kommunale Basis stärken und uns von unten erneuern. Die kommunalen Mandatsträger müssen und werden uns durch die kommenden fünf Jahre tragen.«, so Martin Hoeck nach seiner Wahl.

# Das falsche und das fehlende Tun

## Teil 2: Kein Streit um des Streites willen

von Tilo Weingardt

**Nicht nur das falsche Tun, sondern auch das fehlende Tun wird zum Problem. Die Parteien kehren unserer Grundordnung damit den Rücken, sie desintegrieren sich kulturell und sind damit zunehmend nicht mehr die notwendigen Träger, welche für den Erhalt der Ordnung der Bundesrepublik eintreten.<sup>1</sup>**

Die Ordnung stabilisiert, wenn die Wechsel maßvoll bleiben können.

Dieses Maß darf nicht überschritten werden. Das Vertrauen der Wähler ist mittlerweile in einem Ausmaß gesunken, daß früher normale Wahlergebnisse von knapp 40 bis 50 % für die CDU, 35 bis 45 % für die SPD, 10 bis 15 % für die FDP so unwahrscheinlich geworden sind, daß sie der jüngeren Bevölkerung nicht mal mehr historisch bewußt sind. 80 % der Bürgermeister sind inzwischen parteilos.

Der Austausch in den Institutionen erfolgt inzwischen in einem Tempo, daß ich die Gefahr sehe, daß neue Parteien nicht schnell genug lernen können, die Aufgaben innerhalb der Ordnung auszufüllen, daß die Steine einer tragenden Wand nicht an nur einer kleinen Stelle nacheinander, sondern an mehreren großen Stellen gleichzeitig ersetzt werden.

Das erfüllt mich mit großer Sorge, denn wir können nicht sicher sein, daß unser politisches System mit seinen Institutionen und Prozessen es verkraftet, wenn in hohem Tempo ein Großteil der Träger sich der Pflicht verweigert, es wie vorgesehen durch mit Inhalt, Energie und Ausgleich wahrgenommener Macht auszufüllen, sprich sich aus unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung desintegriert. Der Wandel geschieht erstens zu schnell und zweitens die nachgeborenen und erst recht die zugewanderten potentiellen neuen Kulturträger haben keine Vorbilder, die sie dazu erziehen, die Rolle des kulturellen Trägers unserer Ordnung zu lernen, sodaß sie sich integrieren können. Die meisten Parteien und ihre Mitglieder verhalten sich aus der Sicht der Bevölkerung im Wortsinne nicht mehr vorbildlich, sodaß die Ersetzung etablierter Parteien bei Wahlen keine Frage der politischen Ausrichtung ist.

Die Parteien bestimmen die politische Willensbildung mit, entnehmen wir unserem Grundgesetz. Wo werden die Parteien dem noch gerecht? Desinteresse an freier Meinungsbildung greift um sich. Die tatsächlich noch Interessierten begnügen sich oft nicht damit, nur mitzubestimmen und wollen die freie Meinungsbildung bekämpfen. Der daraus folgende Schaden und noch größere Gefahr für unser Land ist, daß selbst die angestammte Bevölkerung zur Entfremdung von unserer Ordnung erzogen wird.

Wie die Familie die Keimzelle des Staates ist, sind die Kommunen die Grundlage für unsere

politischen Etagen. Die Ortsverbände bilden Kommunalpolitiker heraus; aus deren Mitte werden die Landespolitiker und Bundespolitiker ausgewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung ist daher genau der richtige Ort anzusetzen. Es ist an uns allen, ein Vorbild zu sein – Verantwortung zu übernehmen, zu führen, durch menschliche Nähe und ausgleichendes Verhalten zu verbinden, Einsatz zu zeigen, uns immer wieder Sachkenntnis anzueignen. Wenn wir unsere Organisationen mit Enthusiasmus und Pflichtgefühl erfüllen, wird der politische Streit sicher nicht verflachen – im Gegenteil, er wird fruchtbarer.

Als Wahlsieger stellen wir ein Viertel der Sitze der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, die Fraktion mit dem größten Machtzuwachs und stimmenmäßig der meisten Macht. Die deutlich größte Macht haben jedoch die Fraktionen mit den etablierten Parteien, weil sie gemeinschaftlich gegen die AfD agieren können, bald möglicherweise auch gegen das BSW. Macht muß verantwortlich wahrgenommen werden. Die Fraktion der AfD möchte Verantwortung übernehmen; wir wollen uns für unsere Heimat einsetzen. Wir wollen dazulernen und lernen stetig dazu. Unser neues Eberswalder Kommunalwahlprogramm setzt ein deutliches Zeichen.

Die etablierten Parteien sind gewillt, gemeinsam mit allen Mitteln einen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung aus den Reihen der AfD-Fraktion zu verhindern. Ausgehend von meinen Erläuterungen sind wir der Überzeugung, daß die potentielle Konfrontation Eberswalde nicht guttut. Wir wollen nicht den Streit um des Streites willen, wir reichen allen Stadtverordneten die Hand zur gemeinsamen Arbeit für unsere Stadt. Wir fordern die Vertreter der etablierten Parteien auf, ihre Pflicht wahrzunehmen, sich wieder als Vorbilder voll und ganz in unser politisches System zu integrieren und es durch unsere Zusammenarbeit zu stabilisieren. Sie werden gebraucht.

Um zu diesem Weg beizutragen, verzichte ich als Vertreter der stärksten Fraktion auf die Kandidatur zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.

1 – Rede auf der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 4. Juli 2024. Teil 1 in BBP 9/2024.

## 500 Krokuszwiebeln für Lichterfelde

Bei bestem Herbstwetter hat der Dorfverein Gemeinsam Lichterfelde e.V. am letzten Samstag im September 500 Zwiebeln von großblütigen Krokussen auf der Rasenfläche vor der Lichterfelder Kirche und auf dem Rondell des Schloßparkes in die Erde gebracht.

Vor der Kirche stand ein Amberbaum, der durch den Befall von Hallimasch vertrocknet war. Diese Fläche ist nun leider sozusagen verseucht, weil das Pilzgeflecht des Hallimasch im Boden überdauert und der Schadpilz Neupflanzungen von Bäumen und Sträuchern angreifen würde. Somit erscheint an diesem Standort eine Neuanpflanzung zu risikoreich. Um die Fläche dennoch attraktiv zu gestalten wurde nun eine bunte Mischung großblütiger Krokusse gesteckt.

Als eine der ersten Frühjahrsblüher stellen sie für Bienen eine wichtige Nahrungsquelle da. Vorteilhaft ist auch, daß sie bereits ver-



FOTO: ANDREAS STEINER

blüht sein werden, wenn die erste Mahd des Rasens erfolgt. Für den Dorfverein gibt es in Lichterfelde noch viele Grünflächen, die in den nächsten Jahren mit Frühjahrsblüher bepflanzt werden können. Die Arbeit wird uns – nicht nur in diesem Bereich – sicherlich nicht ausgehen.

Dr. ANDREAS STEINER

Treffen der Barnimer BSW-Unterstützer:

## Kreisverband und Basisgruppen im Blick

**Bernau (bbp).** Im Juni hatte sich in Brandenburg der Landesverband der Partei Bündnis Sahara Wagenknecht – Gerechtigkeit und Vernunft (BSW) gegründet. Gerade noch rechtzeitig, um eine Kandidatenliste für die Landtagswahl am 22. September aufzustellen. Durch das Wahlergebnis von 13,5 Prozent zogen 14 Abgeordnete für die neue und junge Partei in den Brandenburger Landtag ein.

Noch verfügt das BSW über nur wenige Mitglieder im Land. Die Hauptlast des Landtagswahlkampfes trugen so die Unterstützerguppen, auch im Landkreis Barnim. Eine große Rolle spielten hier JENNY MEYER in Bernau und ANDRÉ VON OSSOWSKI in Eberswalde. Beiden gelang der Einzug in den Landtag, was ihnen neue umfangreiche Aufgaben bringt. Die Hauptverantwortung für die organisatorische Basisarbeit im Kreis müssen nun andere übernehmen.

Am 25. Oktober trifft sich der Barnimer BSW-Unterstützerkreis im Bernauer Treff 23, um die Entwicklung zu einem Kreisverband mit lokalen Basisstrukturen und eine entsprechende Aufgabenteilung zu organisieren.

»Wir wollen nicht auf Vorgaben von ‚oben‘ warten«, heißt es in der Einladung zu dem Unterstützertreffen. »Wir handeln und organisieren uns auf der Grundlage der gültigen Satzung und auf der Basis der programmatischen Eckpunkte des BSW.« Der Barnim habe »Fläche«, was für einige Unterstützer zu langen Anfahrtswegen führt. Neben der koordinierenden Struktur eines Kreisverbandes wird daher, je nach der Zahl der vorhandenen Unterstützer, die Bildung lokaler Basisgruppen ange-regt, denn »besonders die Basisgruppen sind das

entscheidende Bindeglied zu den Menschen in der Region vor Ort, die uns gewählt haben«. In den Basisgruppen könne auch der »unermeßliche Redebedarf, den wir alle bisher in die Barnimer Unterstützerrunde mitgebracht und er-fahren haben« effektiver bewältigt werden. »Wir können uns zu politischen oder anderen Themen austauschen, gemeinsame Positionierungen nach außen tragen und zur Meinungsbildung beitragen.« Offene Fragen könnten dann besser geklärt werden.

Die Gruppen könnten in den Orten auch Bürgersprechstunden, politische Stammtische oder andere Veranstaltungen, beispielsweise mit den regionalen Landtagsabgeordneten organisieren. Denn mit dem Einzug in den Landtag verändern sich auch die organisatorischen und materiellen Möglichkeiten des BSW nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort. Zugleich wollen die Mitglieder der Unterstützerguppe Barnim ihr Augenmerk bereits auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr richten.

## Fahrräder gesucht

Wir möchten von unserem Projekt »Vertrauen durch Begegnung« einen Fahrradkurs für geflüchtete Frauen ins Leben rufen. Wir haben schon einen Termin mit dem Verkehrsgarten Eberswalde gemacht (22.10.). Leider gibt es dort aber keine Fahrräder für Erwachsene. Wenn ihr ein Fahrrad habt, was ihr nicht braucht, freuen wir uns sehr über eure Spende!

Afrikanischer Kulturverein Palanca e.V.  
(Coppistr. 3, 16227 Ebw., palanca-eberswalde.de)

## Autoritärer Staatsumbau

Das Vorhaben hatte das Bundeskabinett Anfang September als Teil eines »Sicherheitspakets« – angeblich in Reaktion auf den Messerangriff in Solingen – beschlossen. Der Bundestag beriet darüber am 10. Oktober in erster Lesung (nach Redaktionsschluß). Während die meisten Medien lediglich über »Messerverbotszonen« schrieben, machte ein Bericht in der DKP-Zeitung UZ auf die eigentlichen Tücken dieses Entwurfs aufmerksam (Ralf Hohmann: Mein Tanzbereich, dein Tanzbereich, in: UZ vom 4.10.2024).

Vorgesehen wurden Änderungen der Paragraphen 105 (Nötigung von Verfassungsorganen) und 106 (Nötigung des Bundespräsidenten) im Strafgesetzbuch. Das dort je nach Schwere festgelegte Strafmaß von drei Monaten bis zu zehn Jahren Gefängnis soll demnach künftig auch jene treffen, die »gemeinwohlgefährdend Entscheidungsprozesse der Funktionsträger beeinträchtigen«.

Wie inzwischen üblich findet man in der Novelle statt konkreter Tatbestände nur schwammige Floskeln. Dabei geht es um »verbale oder schriftliche« Äußerungen, die als »Anfeindungen« oder »Haßpostings« interpretiert werden können und »dazu geeignet« sein könnten, zu einer »psychischen Belastung« betroffener »Funktionsträger« zu führen.

Faktisch könnten damit künftig politische Unmutsäußerungen aller Art in sozialen Netzwerken, in Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeindefitzungen oder auf öffentlichen Protestaktionen oder auch an Abgeordnete adressierte Postkartenaktionen, die von Abgeordneten oder behördlichen Funktionären auch nur potentiell als »diskreditierend« oder »psychisch belastend« empfunden werden könnten, strafrechtlich verfolgt werden.

Dabei muß die zu verfolgende Handlung nicht einmal tatsächlich zur ominösen »psychischen Belastung« führen. Es reicht, wenn sie dazu »geeignet« ist, oder wie es im Entwurf heißt, »wenn das Verhalten des Täters einen objektivierbaren Anlaß für eine Verhaltensänderung« bieten kann.

Der Bundesrat, dem der Entwurf von Justizminister Buschmann zur Stellungnahme vorgelegt wurde, legte noch drauf. Man könnte doch fortan schlichtweg jede ungewünschte Annäherung eines kritischen Bürgers an seinen Volksvertreter unter Strafe stellen, in einem neuen Tatbestand Paragraph 106a StGB, der sich mit dem Unterschreiten der »räumlichen Nähe« beschäftigt.

Kritisch äußerte sich die Bundes-Rechtsanwaltskammer zur Frage, was man unter der allfälligen Gemeinwohlgefahr durch »subtile und oft diffuse Drohungen« zu verstehen hat. Der Gesetzentwurf verstoße offensichtlich gegen den verfassungsmäßigen Bestimmtheitsgrundsatz von Gesetzen.

## Specht, Heidewald und Kleiner Stern: »Nur Schall und Rauch«

**Eberswalde (bbp).** Erneut müsse man zur Kenntnis nehmen das die Versprechen, die MARCO BAUER, der im Auftrag der Eigentümer von SPECHT und HEIDEWALD deren Entwicklung begleitet »nur Schall und Rauch sind«, kritisiert der Stadtverordnete CARSTEN ZINN aus dem Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Er sei gespannt, wie lange die Einwohnerschaft und die potentielle Kundschaft des Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrums HEIDEWALD weiter »ohne verbindliche Aussagen und nachvollziehbaren Aktivitäten hingehalten werden sollen«. Zinn sei diesbezüglich »fast jeden zweiten Tag in Erklärungsnot, wenn besorgte Einwohnerinnen und Einwohner zur Gesamtcausa ‚Heidewald und Specht‘ sehr besorgt, frustriert sowie temporär sehr verängstigt hinterfragen«. Im Sommer 2024 habe Bauer per Telefon versprochen, »im Frühherbst öffentlich zu informieren«. Dies sei »scheinbar Bestandteil einer abgestimmten und andauernden Verzögerungs- und Hinhaltenaktik der beauftragten Eigentümergesellschaft«, so Zinn. Er vermutet, daß so die betroffene und verängstigte Kundschaft bei »Laune« gehalten werden solle.

Der Stadtverordnete merkt an, »daß die Einwohnerschaft und Kundschaft solch ein intransparentes und unehrliches Agieren der Eigentümergesellschaft und der beauftragten Projektentwicklungsgesellschaft auf Dauer nicht mehr tolerieren und auch nicht mehr hinnehmen werden«. Zinn vermutet, daß Eigentümer und Projektentwickler »sich scheinbar auf Kosten der Mieter« in den Nahversorgungs- und Dienstleistungszentren HEIDEWALD im Brandenburgischen Viertel und KLEINER STERN im Ortsteil Finow »betriebswirtschaftlich einen schlanken Fuß machen«.

Kritik übt Zinn u.a. daran, daß der beauftragte Hausmeisterservice jeweils nur 2,5 Stunden pro Woche zur Verfügung habe. In dieser Zeit seien die nötigen Arbeiten im Innen- und Außenbereich beider Objekte in der gebotenen Qualität nicht zu realisieren. »Gleiches gilt für die stark reduzierten Dienstleistungen der Wach- und Sicherheitsbranche«, dies insbesondere im Innenbereich und Außenbereich des Nahversorgungszentrum HEIDEWALD.

Abschließend fordert Zinn den Beauftragten Bauer »nochmals sehr eindringlich auf«, zeitnah die Einwohner und Kunden insbesondere über beabsichtigte unternehmerische Aktivitäten »in geeigneter Form transparent und insbesondere ehrlich zu informieren«.

# Nein zur Wehrpflicht! Nein zum Krieg!

## 777 Jahre Werneuchen

Nach Absage durch Stadt: Regionale Vereine organisieren Stadtfest



Kämpferisch: Die Kinder und Jugendlichen der Judo/Karate-Abteilung des SV Rot-Weiß Werneuchen zeigen den Gästen des Stadtfestes, was sie so drauf haben.

Die Festlichkeiten begannen am 28. September um 11 Uhr auf dem Sportplatzgelände des Vereins ROT-WEISS-WERNEUCHEN und dauerten bis tief in die Nacht.

Ein Höhepunkt des Festes war das traditionelle Kartoffelwetttschälchen, das unter anderem mit prominenten Gästen wie der SPD-Bundestagsabgeordneten Simona Koss, dem Ersten Beigeordneten und Leiter des Dezernates für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Bauwesen, Holger Lampe, dem CDU-Kreistagsabgeordneten Daniel Sauer, dem Präsidenten des Sportvereins ROT-WEISS-WERNEUCHEN Frank Heinze sowie Torsten Jeran, dem Vorsitzenden des Regionalparkvereins, stattfand. Die Ortsvorsteherin von Werneuchen-Stadt, Kim Huse, sowie Daniel Sauer wurden schließlich feierlich vom REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK E.V. zu Kartoffelkönigin und -könig gekürt.

Das Programm bot eine breite Palette an Unterhaltung für Groß und Klein: Die Kindermitmachshow »Kess«, der Männerchor Mirow, die »Eastside Fun Crew« aus Bernau, die Live-Band »Zeitlos« und DJ »m blue m« sorgten für beste Stimmung. Darüber hinaus

trugen verschiedene Abteilungen von ROT-WEISS-WERNEUCHEN und weitere Tanz- und Musikgruppen zur lebendigen Atmosphäre bei.

Die Anwesenheit der polnischen Delegation aus der Partnergemeinde USTRONIE MORSKIE verlieh der Veranstaltung zudem eine internationale Note und unterstrich die Bedeutung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit und innereuropäischer Freundschaft.

Regionale Vereine übernahmen die Organisation und stellten das Stadtfest selbst auf die Beine. Ursprünglich plante die Stadt Werneuchen, die Feierlichkeiten zum 777. Jubiläum selbst auszurichten. Aus verschiedenen Gründen kam es jedoch zur Absage des ehemaligen Bürgermeisters Frank Kulicke, so daß das Fest auf der Kippe stand. Glücklicherweise übernahmen das NETZWERK DER VEREINE und der REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK E.V. die Initiative und organisierten gemeinsam mit zahlreichen regionalen Vereinen und Akteuren das »Stadt- und Regionalparkfest«...

SABINE BÜTTNER

## 900 mal Guten-Morgen-Eberswalde

Das war ein schönes Fest zur 900. Ausgabe von Guten-Morgen-Eberswalde am Sonntagabend, dem 5. Oktober. Ein voller Saal, eine Runde von Partnern und Sponsoren, die vom Publikum gefeiert wurden, dazu ein schöner Groove von Phon-O-Rama. Das RBB-Fernsehen war mit einem Team da und hat für die Abendnachrichten bei Brandenburg Aktuell einen kleinen Beitrag gedreht und darin auch die ein- oder andere historische Sequenz verarbeitet.

Und wenn bei so einer doch ziemlich gewaltigen Zahl schon einmal die 1.000 die Publikumsrunde machte, so will ich doch frei nach Ror Wolf sagen: »Die nächste Guten-Morgen-Ausgabe ist immer die schwerste.« Wird aber vielleicht auch die schönste...

Immer um Halbfünf am Vormittag! Der Eintritt bei Guten-Morgen-Eberswalde ist und bleibt frei, Spenden für die freie Kulturarbeit sind hingegen willkommen und wichtig.

UDO MUSZYNSKI

# Das Sandmännchen um 20 Uhr

**Das Flaggsschiff des Abends, die Hauptnachrichtensendung des sogenannten Ersten Deutschen Fernsehens, auch ARD genannt, startet in der Regel pünktlich um 20 Uhr, wenn nicht HÖHERE GEWALT im Spiel ist, zum Beispiel in Form Olympischer Spiele, bei denen eine deutsche Athletin vielleicht gerade eine Bronzemedaille gewinnen kann.**

Mit der seit den 1960er Jahren bekannten Fanfare startet die »Information« immer mit den grausamsten Bildern, die man sich denken kann: zerbombten Stadtlandschaften von Gaza (»dort waren Terroristen«), Chaosszenen von Überflutungen und Wirbelstürmen (»es ist der Klimawandel«) und von brutalen Polizeieinsätzen gegen »Coronaleugner«.

Nun, die Pandemie ist überstanden und mit ihr die endlosen Pressekonferenzen zu neuen Zwangsmaßnahmen gegenüber den ungehörigen Bürgern. Jetzt haben wir die tägliche Portion Selenskij, der auf allen Kanälen die Verarmung der europäischen Völker zugunsten eines sinnlosen Krieges fordert.

Ein israelischer Ministerpräsident darf ungestraft 80 tonnenschwere bunkerbrechende Bomben auf einmal über einem Nachbarstaat abwerfen – hunderte Unbeteiligte kommen ums Leben – aber, dort »wohnte ja ein Terroristenführer«. Wollte der russische Präsident die gleiche Taktik anwenden, Kiew wäre längst dem Erdboden gleichgemacht.

An diese täglichen Verbiegungen der Wahrheit haben wir uns alle schon gewöhnt und wir schlucken es wie die Drogen Alkohol und Nikotin. Runter damit! Es benebelt schön die Sinne und man kann sich doch sagen: »Ach, wie gut haben wir es hier zu Hause auf unserem Sofa!« Susanne Daubner, Jens Riewa und wie sie alle heißen, streuen den abendlichen Zuschauern die Portion Sand in die Augen, damit sie friedlich schlummernd an das Gute in der Welt glauben können, wo die BRD an vorderster Front gegen die schreckliche Welt kämpft, die von Diktatoren, Regimen und Angriffskriegen nur so wimmelt.

Die neueste Schreckensbotschaft des GEZ-finanzierten Senders sind die sogenannten »Fake News«, mit denen das unschuldige Internet nur so überschwemmt werde. Innenministerin Faeser ist darauf schon scharfgestellt und will »hart durchgreifen«. Dabei ist die eigentliche Erfinderin der FAKE-NEWS die Tagesschau selber, die am Abend des 9. November 1989 einfach behauptete, die DDR habe die Grenze geöffnet, woraufhin tausende Ostberliner zur Bornholmer Straße pilgerten – zur Bösebrücke – die Grenztruppen bedrängten, und nur durch ein Wunder kam es nicht zur Eskalation mit Blutvergießen, an der in der folgenden Tagesschau-Sendung natürlich nur die SED-Diktatur Schuld gehabt hätte.

Nein, es kam anders. Es wurde »geflutet« und die neugierigen Berliner konnten sich etwas näher kennenlernen. Bald konnten die neugierigen Ostberliner dann kennenlernen,

wie ihre Betriebe geschlossen wurden, wie Brot, Milch, Äpfel und Mieten irrational teuer wurden und wie sie ihre Zeit auf dem Arbeitsamt und vor der bundesdeutschen Glotze verbringen konnten. Im sogenannten wiedervereinigten Deutschland wurden durch Helmut Kohl die schönsten »blühenden Landschaften«, auf denen seltenste Kräuter plötzlich wieder wuchsen, geschaffen, während die »fünf neuen Bundesländer« im Prinzip vollständig am Tropf der Westzone hingen.

Seit diesen Tagen sind 35 Jahre vergangen und die Protagonisten jener Stunden sind entweder schon vergraben oder genießen weiterhin die staatliche Alimentierung, nun in Form einer Minirente oder Grundsicherung.

Man kann wirklich froh sein, daß dieses »Flaggschiff« damals keinen Bürgerkrieg angezettelt hat. Man kann dankbar sein. Aber eines darf man nicht: die Meinungsführerschaft des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks anzweifeln. Denn dann begibt man sich auf das Terrain von Verschwörungstheoretikern oder, was noch schlimmer wäre, man wird als Rußlandfreund gebrandmarkt, was aus westdeutscher Sicht das übelste Vergehen überhaupt ist.

Unsere Nachrichtensprecher und -innen sind vertraute und bekannte Gesichter mittlerweile aller Hautfarben und fremdländischen Namen. Wenn sie mit den Augen rollen oder eine Braue verziehen, dann strahlt das Seriösität und eine gewisse Zurückhaltung aus. Sie dürfen sich auf keinen Fall gehen lassen. Nur in einer Silvestersendung dürfen die peinlichsten Versprecher gesammelt nochmal gesendet werden. Eigentlich müßte da Wilhelm Wiebens »Maueröffnungsversprecher« von 1989 auch aufgenommen werden, denn schließlich hatte der die elementarsten Folgen für das »beste Deutschland aller Zeiten«, inklusive NATO-Osterweiterung und Aufrüstung gegen Rußland. Daß eben dieses Land uns vom Schrecken der Nazi-Herrschaft befreite, das alles zählt heute nicht mehr ...

JÜRGEN GRAMZOW

## China gewinnt den Krieg...

...gegen die Umweltverschmutzung. Es gewinnt den Krieg gegen die Armut und es gewinnt den Krieg gegen die Unterentwicklung. Wie hat es das geschafft? Indem es keinen Krieg mit einem anderen Land führt, geschweige denn in einen Krieg verwickelt wird. Chinas Aufstieg zur großen Weltmacht ist der friedlichste in der Geschichte der Menschheit. Natürlich ist die Sache viel komplexer, aber mir gefällt diese vereinfachte Darstellung. (d)

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Grumsiner Forst (Nordtour)

Sonnabend, 26. Oktober, 6-8 km, UNESCO Weltkulturerbe Grumsiner Forst (Führung Nordtour)

Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und Leiter des Kompetenzzentrums Forst Eberswalde) führt durch den wunderbaren Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forstes. Festes Schuhwerk wird für die rund drei Stunden dauernde Wanderung dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Der Besuch des ATELIER LOUISEHOF ist eingeplant.

Treff: 11.30 Uhr Bahnhof Angermünde, Bahnhofsplatz, 16278 Angermünde, zzgl. Busfahrkarte, max. 30 Teilnehmer

### Watzmann, Mariannenschlucht, Malchetal

Sonnabend, 9. November, 11km

Kaum zu glauben, aber wahr: Auch in Bad Freienwalde gibt es einen Watzmann! Unweit von Bismarckturm und Teufelssee kündigt seit 2017 sogar ein Gipfelkreuz davon. Und auch wenn er mit seinen 1.062 dMetern (!) nicht ganz an den alpinen Namensvetter ranreicht, sind wir die einzige Region außerhalb Bayerns, die einen Watzmann vorzuweisen hat.

Um das Jahr 1180 sollen bayerische Landsknechte auf der nahen Burg Malchow angeheuert haben – dort wo heute der 1895 erbaute Bismarckturm steht. Den Rittern fiel der damals noch kahle Gipfel eines Berges auf, von dem man weit ins Land schauen und jeden Feind schon von Weitem erkennen konnte. Fern der heimatlichen Alpen und von Heimweh geplagt, gaben sie dem Berg den Namen »Watzmann«. Oder war es etwa genau andersherum, daß nämlich die Landsknechte den märkischen Bergnamen nach Bayern exportierten und seitdem ein Berg bei Berchtesgaden »Watzmann« heißt?

Wie immer es auch damals gewesen sein mag, auch ohne Seilschaft und Steigeisen können auch Sie den Watzmann mit uns heute bezwingen. Klaus Schluchter führt entlang des Fontane-Wanderweges auf die Höhen der Barnim-Kante.

Gestartet wird um 10 Uhr an der Tourismus Information Bad Freienwalde welcher auch das Ziel der Wanderung sein wird. Hier wandern wir zuerst durch die schöne Ortslage auf den Weinberg. Weiter Teufelssee, Mariannenschlucht, Watzmann zur Malche. Hier ist eine Rast geplant. Dann geht's auf den Rückweg.

Treff: 10 Uhr, Tourismus-Information, Uchtenhagenstraße 3, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Friedrich Wolf – Ein Blick zurück

In der URANIA Barnim in Bernau startete am 10. Oktober ein neues Format. Dr. Dieter Korczak stellt die Familie Wolf in den Blickpunkt. Beginnend mit Vater Friedrich Wolf und gefolgt von seinen Söhnen Markus und Konrad.

»Die Millionen Menschen, die ein klares, sinnvolles Leben in einem nebulösen Dasein vorziehen, denen es nicht gleichgültig ist, ob ihre Hände Panzer oder Traktoren herstellen, diese Menschen wissen, daß wahre Menschenarbeit nur im Frieden gedeihen kann und das fluchwürdigste Menschenwerk der Krieg ist.« (aus »Talents und Aussage«)

Diese hochaktuelle Aussage und ähnliche Sequenzen aus dem Leben des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf gaben dem Vortragsabend im Treff 23 den gedanklichen Rahmen. Eingeladen hatte der Urania Barnim e.V. zum Start in eine neue Vortragsreihe über das Leben und Schaffen der Familie Wolf. Gestaltet von Dr. Dieter Korczak, wurde das Leben

des jüdischen Arztes Friedrich Wolf den 20 Gästen des Abends erlebbar. Einer großbürgerlichen Familie entstammend, wurde der ungewöhnliche Lebensweg des Naturmediziners Friedrich Wolf zum hochgeachteten Schriftsteller, Arzt und Politiker, nachvollziehbar. Die Anwesenden dankten Dr. Korczak mit lebhaftem Beifall.

Folgen werden zwei weitere Abende, um das Wissen zum geachteten deutschen Dramatiker, der sich vor allem dem Leben des »kleinen Mannes« widmete, zu vertiefen. Im kommenden Jahr 2025 folgen dann jeweils drei Vorträge über das Leben und Wirken der Söhne Markus und Konrad Wolf.

GERD SCHLEGEL

## Einwohnerversammlungen in Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew).** Fünf Einwohnerversammlungen wurden in diesem Jahr in Eberswalde bereits absolviert. Nun stehen auch die Termine und Orte für die letzten diesjährigen Einwohnerversammlungen fest. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

**Ortsteil Finow** am Montag, dem 4. November, um 17 Uhr in der Aula des Gymnasium Finow, Fritz-Weineck-Straße 36, 16227 Eberswalde;

**Ortsteil Eberswalde 1** (Stadtmitte, Ostend, Südend, Leibnizviertel) am Montag, dem 11. November, um 17 Uhr in der Aula des Oberstufenzentrum II Barnim, Alexander-von-Humboldt-Straße 40, 16225 Eberswalde;

**Ortsteil Eberswalde 2** (Westend, Kupferhammer, Nordend) am Montag, dem 25. November, um 17 Uhr in der Aula der Karl-Sellheim-Schule, Wildparkstraße 1, 16225 Eberswalde.

## Galerie Fenster

Die Vernissage unserer 28. und 29. Ausstellung in der Galerie Fenster in der Priegnitzer Straße 50 in Eberswalde findet am Sonntag, dem 27. Oktober 2024 um 14 Uhr statt. Wir zeigen dann Arbeiten auf Papier von Ursula Strozynski und Objekte aus Bronze, Terrakotta und Holz von Anne Ochmann.

Ursula Strozynski glänzt mit ausdrucksstarken Kaltnadelradierungen, Zeichnungen und Collagen. Unter den Händen von Anne Ochmann entstehen aktuell insgesamt elf Mosaikplastiken, die im Oderbruch Quartier des Brandenburgischen Viertels von Eberswalde dauerhaft Aufstellung finden werden. Vielleicht können wir einen Teil der Arbeiten schon bei unserem 5. KUNSTspaziergang im Brandenburgischen Viertel am Sonntag, dem 10. November 2024 (ein weiterer Termin zum Vormerken, Start um 11 Uhr an der Galerie) bestaunen. In unserem Galerie Kabinett zeigen wir mit kleinen Objekten aus verschiedenen Materialien eine andere Facette ihres Schaffens.

Zur Vernissage am 27. Oktober werden Ursula Strozynski und Anne Ochmann anwesend sein. Für die livemusikalische Umrahmung sorgt der Akkordeonist Tobias Morgenstern.

UDO MUSZYNSKI

## Spiegelseiten für RT

Die Zensurbemühungen um das als »russischer Staatssender« denunzierte RT DE halten an. Zur Umgehung der Störversuche hat RT DE neue Spiegelseiten eingerichtet.

Als Ergänzung zu den bekannten Spiegelseiten (»mirror pages«) wird das Programm von RT DE über folgende neue Adressen verbreitet: rtde.org, rtde.info, rtde.online, rtde.expert, luuul.ru. (rt de)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**eMail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 9. Oktober 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. November 2024.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle  per Lastschrift  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift

**Widerrufsrecht:** Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)**